

Eine wahre Umwälzung in der Vertretung der Interessen des ober-schlesischen Grubenkapitals hat eine dritte Rede des Herrn Dr. Volz, zur Staatsberatung im Abgeordnetenhaus gehalten. Er wehrte hier energisch die Anklagen ab, nach welchen die ober-schlesischen Grubenbesitzer das Ausland viel besser wie das Inland mit Kohle versorgen und suchte mit hundert Gründen die Anträge, die Kohlenförderung durch Erschließung weiterer flacher Gruben zu vermehren, als unnützlich, ja schädlich zu erweisen, als eine Katastrophe, eine furchtbare Gefahr in der Zukunft — natürlich für das ober-schlesische Grubenkapital. Und zu dieser behemten Verteidigung des Grubenkapitals, auf die wir hier im einzelnen nicht mehr eingehen, kam — selbstverständlich — ein Angriff auf die Arbeiterorganisationen, durch die angeblich die Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern viel schärfer geworden sein sollen, und dazu noch hergrobene Klagen über die zu hohen Löhne der Bergarbeiter! Nach Herrn Dr. Volz' Behauptungen sind erst die Bergarbeiterlöhne, und zwar „ganz außerordentlich gestiegen“, und hinterher die Betriebsüberschüsse, diese aber durchaus nicht in ähnlichem Verhältnis wie die Löhne. Das alle ökonomischen Erfahrungen und in diesem Falle auch die amtlichen Statistiken das Gegenteil erweisen, macht Herrn Volz nichts aus. Produzierte er doch auch wieder die Behauptung, daß in Oberschlesien die „zu weit gehende Erhöhung der Löhne“ eine gewaltige Zunahme der „Summelschichten“ und damit eine verminderte Leistung der Arbeiter bewirkt habe, während die Statistik auch hier das Gegenteil beweist. Und schließlich warnte Herr Volz eindringlich vor weiterer Vermehrung der Revisionen im Bergbau. Schon jetzt werde viel zu viel revidiert — man nehme damit dem Arbeiter das Gefühl der eigenen Verantwortung! Wohlgerichtet! dem Arbeiter! Der fühlt sich also nach Herrn Volz infolge der vielen Revisionen so sicher, wird so gleichgültig gegen alle Vorkehrungsmaßnahmen, daß er sich in tollem Uebermut von Sprengschüssen, fallendem Gestein oder schlagenden Wetter die Glieder zerschmettern oder zerreißen läßt! Wenn man die Herren mit den leidigen Revisionen mehr beschonen würde, wäre es besser — für den Arbeiter, natürlich!

Diese kleinen Proben mögen für heute genügen, zu beweisen, wie ein vortrefflicher Vertreter der ober-schlesischen Arbeiter Herr Dr. Volz ist und wie unbedingt notwendig es erscheint, gerade ihn bei den kommenden Wahlen zum preussischen Landtage wieder zu wählen!

Politische Uebersicht.

Der Sprachparagraf des Vereinsgesetzes ist bekanntlich vorläufig gefallen. Gleich nach dem Schluss der ersten Lesung haben aber Herr Müller-Reinigen, der Bayer, und Herr Payer, der Schwabe, mit dem preussischen Minister und Staatssekretär von Reihmann-Hollweg konfiziert. Beide stehen auf dem Standpunkt, daß die Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes im freisinnigen Parteinteresse unbedingt notwendig sei, damit doch irgend etwas vorhanden wäre, wodurch die Fortführung der Blockpolitik über den 10. Januar hinaus vor den Wählern zu ermöglichen zum Scheine gerechtfertigt werden könnte. Der preussischen Regierung konnte diese taktische Schwäche des Freisinn umso weniger verborgen bleiben, als sie bei den verschiedenen intimen Dinners, die im Laufe der letzten Zeit in der Wilhelmstraße stattfanden, noch ausdrücklich auf sie aufmerksam gemacht worden war. Der Niederschlag dieser intimen Vorgänge war die Erklärung der preussischen Herren von Reihmann-Hollweg und Bernuth, daß „die verbündeten Regierungen“ auf den § 7 des Vereinsgesetzes nicht verzichten, ja selbst einer geringen Milderung dieses Paragraphen, durch welche das Koalitionsrecht der fremdsprachigen Proletarier nothdürftig geschützt würde, nicht zustimmen könnten.

Unter den 25 verbündeten Regierungen, die als Bundesrat neben dem Reichstag einen gleichberechtigten Faktor der Reichsgesetzgebung bilden, ist die preussische nur eine. Von den 58 Stimmen des Bundesrats gehören ihr bloß 17, Bayern führt 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 Stimmen, die übrigen 17 Reichstaaten je 1. Von den nichtpreussischen Bundesregierungen, deren 41 Stimmen im Bundesrat die überwältigende Mehrheit bilden, wäre es keiner einzigen eingefallen, die Beilegung des Versammlungsrechts der Polen zu verlangen. Man darf auch ohne weiteres glauben, daß ihre staatsmännische Intelligenz weit genug reicht, um die kultur- und verfassungswidrige Polenpolitik der preussischen Regierung als verkehrt und gefährlich zu erkennen. Statt diesen Sachverhalt aufzuheben, statt die nichtpreussischen Bundesstaaten zum Selbstbewußtsein aufzurufen und an ihnen eine Stütze zu suchen, verhandelt der bayerische und sächsische Freisinn mit den übermächtigen Bureaucraten der preussischen Reichsregierung. Das ist eine neue Preisgabe der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, wie sie der Liberalismus bisher vertrat.

Sozialpolitik im Reichstag. Aus Berlin wird uns geschrieben: Im Reichstag begann am Dienstag die sozialpolitische Generaldebatte, die sich an den Titel Staatssekretär des Reichsanzers des Innern anzuknüpfen pflegt. An Posadowsky's Stelle sah Reihmann-Hollweg, der zu dem höchsten Schatzredner Bölow in der Tat besser paßt, als der bei aller konservativen Grundanschauung höchst gebiegene Posadowsky, obwohl wir vorläufig freilich noch kein Recht haben, Herrn v. Reihmann völlig auf eine Linie mit einem Bölow oder Pauli-Potsdam zu stellen.

Seine Rede war Gieseler's vom Zentrum. Er stellte eine Reihe sozialpolitischer Forderungen auf, die wir durchweg unterschreiben können. Es wird manche gute sozialpolitische Rede vom Zentrum gehalten. Diefle Partei aber ist es gewesen, der Deutschland bei Hollwager verkauft. Davon schwingt freilich das ganze Reichs-Parlament. Das armelige Gemüth des Reichs-Parlamentes Pauli und Potsdam mag einer phrasenreicher, aber doch nicht so ganz und gar vom Geist verlassenen Rede des national-

liberalen Hänglings Stresemann vorans. Der Schokoladensyndikus polemisierte in Anbetracht seiner Fraktionsstellung schärf gegen das „Kohlenkapital“, schloß aber mit einer Mittelhandspauli, die sich von der Pauli'schen nur dadurch unterschied, daß sie einmal in besserem Deutsch vorgetragen wurde und zum zweiten statt vom alten vom neuen Mittelhand handelte. Eine vortreffliche Rede des Genossen Robert Schmidt bildete den Schluss der Sitzung. Unser Fraktionsredner wies an allen Aemtern der sozialen Gesetzgebung, des Wirtschaftslebens und der Verwaltung nach, daß die deutsche Sozialpolitik ins Stocken geraten ist und daß der brutale Herrenstandpunkt der Schachmacherszentrale, nachdem er Posadowsky klein geliegt, unumschränkt im Reich der Gottesfurcht und frommen Sinne schaltet. Im Parlamentssaale selbst hat der Zentralverbandsgast seinen Sitz aufgeschlagen und die Kottbuser Rede des reichsparteilichen Millionärs v. Dittken, der scharfe Patronen gegen die Bande von Arbeitslosen forderte, ist fleisch vom Fleisch und Wein vom Weize Buecks.

In borusischen Ministerien für Handel und Eisenbahnen eklamoriert man die Reichsgesetze für die Staatsarbeiter und alle auch nur indirekt mit dem Staat in Zusammenhang stehenden Personen, bis auf die Kellner in Bahnhofswirtschaften, weg, und aus dem Polizeiministerium kommen Erlasse gegen ausländische Arbeiter, die den Geist der ehemaligen Sclavenjagdgesetze Nordamerikas atmen. Und doch hat der Bölow die Stirn, zu erklären: Die Sozialpolitik wird fortgesetzt!

Die unzufriedener Gegner und der 18. März.

Unter der Spitzmarke „Zur Gemüthsberuhigung“ schreibt der „Vorwärts“:

Die „Freisinnige Zeitung“ hat offenbar etwas kanten hören, sie weiß aber nicht, wo die Gloden hängen. Zur Gemüthsberuhigung der „Freisinnigen Zeitung“ und der von Müller-Sagan bereits im voraus mobil gemachten Polizei sei bemerkt, daß bereits seit Wochen von den zuständigen Instanzen beschlossen worden ist, daß an allen größeren Orten, wo dieses möglich ist, am Nachmittage des 18. März in Erinnerung an die Märzereignisse von 1848 Volksversammlungen abgehalten werden sollen, in denen die Wahlrechtsfrage für Frauen zu erörtern ist.

Die Blockpresse hat noch keine Ordre bekommen, ob sie die geplanten Wahlrechtsdemonstrationen als gefährlichste revolutionäre Wühlarbeit denunzieren oder als bloße Spielerei lächerlich machen soll. Es wird also nach beiden Rezepten durcheinander gearbeitet. Die „Vossische Zeitung“ findet die Sache „nicht so schlimm“, die „Tägliche Rundschau“ orakelt, der „Generalfreie“ sei infolge der vorzeitigen Veröffentlichung aufgegeben worden, wogegen die „Deutsche Tageszeitung“ findet, es handle sich eben doch um einen halbtagigen Generalfreie und fordert demgemäß Polizeibewehr. Sie ist über die 40 Jahre alte Weisheit der Sozialistenbekämpfung noch nicht hinausgekommen.

Geht nicht nach Südwestafrika!

Die „Windhauer Nachrichten“ enthalten in ihrer letzten hierher gelangten Nummer vom 22. Januar 1908 folgende

Warnung:

Jeder Passagierdampfer bringt eine Menge Neuankömmlinge ins Land. Die Eisenbahnzüge können abdam kaum alle die vielen Personen aufnehmen und ihre Wagen sind während der zwei- bis dreitägigen Fahrt nach Windhuk überfüllt wie Sonntags-Ausflügerzüge daheim. In Windhuk angekommen, geht es dann an ein Suchen und Umherlaufen nach Beschäftigung. Von Geschäft zu Geschäft, von Haus zu Haus fragen sie nach Anstellung, und fast überall heißt es: Bedauern! Nachdem das so einige Tage gegangen ist, kommt zu der ersten die zweite Sorge: die vorhandenen Mittel gehen auf die Neige. Nun tritt neben die Frage nach Beschäftigung die weitere nach einem billigeren Unterkommen, als der bis dahin benutzte Gasthof es zu gewähren vermag, an den Reuling heran. Aber auch da gibt es meist nur Enttäuschung. Denn bei dem großen Wohnungsmangel ist jeder irgend wohinhabbare Raum besetzt, und die Verpflegung auch außerhalb der Gasthöfe bei den hohen Preisen für Lebensmittel kostspielig. Traurig ist es, zu beobachten, wie solche Enttäuschten bei denjenigen Stellen, an welchen sie am besten Arbeitsnachweis zu erhalten hoffen, zum Beispiel in der Expedition unseres Blattes, immer von neuem und mit immer tiefer ins Gesicht gescheitener Sorge sich erkundigen. Schließlich verschwinden sie von hier, wo sie geblieben, wissen die Götter. — So wiederholt sich das Schauspiel alle paar Wochen.

Nach den Phantasien unserer Kolonialschwärmer sollte Südwestafrika mitberufen sein, den Bevölkerungsüberschuß Deutschlands aufzunehmen. Wie es damit steht, lehrt vorstehende Warnung.

Ein goldenes Jahr für Bergarbeiter oder Grubenbesitzer?

Das ultramontane „Düsseldorfer Tageblatt“ brachte jüngst einen Artikel, überschrieben „Das goldene Jahr der Ruhrzechen“, worin der Nachweis gebracht werden sollte, daß das Jahr 1907 nicht nur für die Zechenbesitzer und Aktionäre, sondern auch für die Bergarbeiter ein goldenes Jahr gewesen sei. Es heißt darin:

Der Arbeiterman-el, der im ganzen Berichtsjahr der Förderungszunahme der Ruhrzechen hindernde Hindernisse anlegte an die Löhne stark in die Höhe schraubte, ist seit einiger Zeit völlig beiseite, es macht sich teilweise starkes Ansehnt bemerkbar, so daß die Bergarbeiterlöhne allmählich von der letzten bedeutenden Höhe wieder auf normale Stufen herabzinken werden. Auch die Bergarbeiter können das Jahr 1907 gerade so gut wie die Zechenbesitzer als ein recht goldenes bezeichnen.

Es trifft sich gut, daß kurz darauf, nachdem das „Düsseldorfer Zentrumblatt“ diesen Artikel brachte, der „Bergknappe“, das christliche Gewerkschaftsblatt, gegen denselben Artikel zu Felde zieht. Der „Bergknappe“ nagelt zunächst das Unternehmertum auf dem Gesäß und ist fest, daß es ein goldenes Jahr hinter sich habe und schreibt dann:

Und in diesem goldenen Jahr mußten die Verhandlungen bezüglich des Knappheitsabkommens an dem mangelnden Entgegenkommen der Zechenbesitzer scheitern, die es bekanntlich ablehnten, zwei Pfennige Mehrbeitrag zu leisten! Was dann die Bergarbeiterlöhne anbelangt, so haben wir schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Lohnsteigerungen durch die Lernerzeugung der Lebensmittel, Steigen der Mietpreise u. s. w. wieder ausgeglichen wurden. Von einem goldenen Jahr, auch für die Bergarbeiter kann daher keine Rede sein. Wenn dann im vorstehenden Artikel wiederum mal angeführt wird, die Löhne würden von der bedeutenden Höhe wieder auf normale Stufen herabsinken, so wird es die gesamte Deffektivität nicht verhehlen und es anzunehmen mißbilligen, daß in einer Zeit, wo die Konsumanten durch erhöhte Kohlenpreise belastet werden, die Zechenbesitzer Lohnsenkungen vornehmen.

Interessant ist an dieser Auseinandersetzung vor allem das eine, daß ein Zentrumblatt ganz im Unternehmerrinne

den Arbeitern „goldene Zeiten“ vorrechnet, während die christliche Gewerkschaftspressen feststellt, daß die Arbeiter von einem „goldenen Jahr“ nichts gespürt haben. Das Zentrum kann die Verwandtschaft seiner Interessen mit denen der Unternehmern eben nicht verleugnen, wenn es auch den Arbeitern immer wieder gern vorpiegeln möchte, daß es seine Interessen vertritt.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Bölow (Konl.), der in Landsberg - Solbin mit 13.822 Stimmen im ersten Wahlgange gegen 6477 sozialdemokratische und 6176 freisinnige Stimmen gewählt worden ist, beantragt. Es soll Beweiserhebung vorgenommen werden.

Konsumvereine — sozialdemokratische Brotvertreter. Kürzlich brachte der in Leer erscheinende „Allgemeine Anzeiger für Ostfriesland“ eine Notiz, daß der Hofer Konsumverein den Brotpreis von 75 auf 80 Pfg. erhöht habe, während die Bäckereien nicht aufzuschlagen hätten. Daraus wurde die Bemerkung von „sozialdemokratischen Brotvertretern“ gemacht. Nun ist es zu erfahren, daß der Hofer Konsumverein den Preis der 6-Pfund-Brote von 75 auf 80 Pfg. erhöht hat. Die Gegner verweigern aber, daß auf Brot 10 Prozent Rückvergütung gegeben wird, so daß sich der Preis von 6-Pfund-Brot auf nur 72 Pfg. stellt, während es bei den Bäckern 75 Pfg. kostet, also noch 3 Pfg. teurer ist als bei den Konsumvereins-Konsumern. Die fragliche Notiz ging von den Hofer Innungsmitgliedern aus, die im vorigen Jahre dem Konsumverein den Vorschlag erklärt haben, die im vorigen Jahre dem Verein Weißbrot (Raffeebrot) lieferte, wurde mit einer Strafe von 20 Mk. beehrt, was einem Bäcker zweimal passierte. Durch die Handwerkerkammer haben die Herren an den bayerischen Landtag petitioniert, daß den Konsumvereinen bezügliche Unternehmungen unterlagert werden sollten. Es ist wohl noch gegen keine wirtschaftliche Erscheinung mit solcher Demagogie und solchen anmaßenden Unrecht gekämpft worden, wie gegen die kraftlos aufstrebende Organisation der Konsumvereine. Was immer die Konsumvereine unternehmen mögen, ihre Gegner stempeln es zu einem Uebel. Sind sie in der Lage, ihre Mitglieder billiger bedienen zu können, nennt man sie „Verächter des Mittelstandes“, verkaufen sie die eine oder die andere Ware scheinbar einige Pfennige teurer, beschreit man sie als „sozialdemokratische Vertreter“.

Wahlüber für die Beamten. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses bringt in Gemeinschaft mit den beiden freisinnigen Fraktionen folgende Interpellation ein: Sind Umstände eingetreten, die die königliche Staatsverwaltung verhindern könnten, gemäß den in der Thronrede gegebenen Versicherungen die Gehegevorlage über eine umfassende Abänderung der Gehälter der Beamten, der Volksschullehrer und der Geistlichen noch in dieser Session zu bringen? Besteht die Aussicht, dieses Hindernis rechtzeitig zu beseitigen?

Der Abg. Freiherr v. Zedlig und Reinkirch richtete mit Unterstützung der konservativen Partei folgende Interpellation an die königliche Staatsregierung: Aus welchen Gründen verzögert sich die Einbringung der in der Thronrede angeforderten Vorlage, betreffend die Besoldung der Beamten, Geistlichen und Lehrer? Stehen der unverzüglichen Einbringung Hindernisse entgegen und ist eine allbaldige Beseitigung solcher Hindernisse nicht angängig?

Man merkt, daß die preussischen Landtagswahlen vor der Thür liegen, die Parteien entdecken ihr Herz für die Beamten! Auch als Zentrum und die Konservativen treten mit dem gleichen Reder an.

Christlicher Morbdschwindel vor Gericht. Vor einigen Monaten ging durch die Presse die Schauerrede, daß in Schwelmurt ein Sozialdemokrat den Plan gefaßt habe, den christlichen Arbeitersekretär und Zentrumsgesandten Schwarz zu ermorden, woran er nur durch seine Verhaftung verhindert worden sei. Die Sache ist jetzt vor der Schwelmurter Strafkammer zur Verhandlung gekommen. Der angeklagte Aktentäter, der Sozialarbeiter Trüffel, war wegen Widerstandes, Polizeibekämpfung und Unfugs angeklagt. Er hatte sich im Dezember d. J. in die „Drei Ailien“ begeben, in deren oberen Lokalitäten gerade eine Festlichkeit der Christlichen stattfand, und nach dem gerade eine Festlichkeit der Christlichen stattfand, und nach dem Später sah man, wie der schwer betrunkene Tr. einen Revolver zu laden verfuhte. Dem Versuch, ihm die Waffe abzunehmen, leistete er heftigen Widerstand, weshalb er verhaftet wurde. Am nächsten Morgen wurde er jedoch wieder freigelassen. Er ging nun wieder in die „Drei Ailien“, machte mit der Pellmeria Skandal, weil sie ihm angeblich zu wenig Geld herausgegeben und wurde neuerdings verhaftet, wobei er Widerstand leistete und die Polizei beschimpfte. Das Gericht verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis. Für den „sozialistischen Morbplan“, den bereits die Reichsberndspresse in ihr „Archiv“ aufgenommen hat, ergab sich nicht der Schatten eines Beweises. Es liegt nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, daß hinter Trüffel's Nachfrage nach dem Abg. Schwarz eine kassimne Absicht steckte, höchstwahrscheinlich wollte er nur wegen Unzufriedenheit mit der christlichen Gewerkschaft mit Schwarz unterhandeln, nachdem er kurz vorher aus der reinen Gewerkschaft ausgeschlossen worden war. Die Aktentatfrage hatte nur den Zweck, für den christlichen Arbeitervertreter“ Reklame zu machen, wie ja auch manche gekörnte Säupter von Zeit zu Zeit ein Aktentatigen brauchen, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es war aber wieder einmal nichts.

Ein Vertrag zwischen Zementfabrikant und Bauunternehmer. Das Rheinisch-Westfälische Zementfabrikat hat mit dem Arbeitgeberverband für das rheinisch-westfälische Baugewerbe ein Abkommen getroffen, nach dem die dem Verband angehörenden Unternehmer sich verpflichten, nur „Syndikatsmarken“ zu begeben.

Dieses Abkommen dürfte nicht so einseitig sein als die vorliegende Meldung es erscheinen läßt. Die Bauunternehmer haben über den Terrorismus des Syndikats mit Recht bittere Klagen geführt; ihre Verpflichtung, sich geschlossen in die unbedingte Abhängigkeit des Syndikats zu begeben, erfolgt nun bloßlich in dem Augenblick, in dem das Unternehmertum im Baugewerbe durch maßlose Zumutungen an die organisierte Arbeiterchaft einen allgemeinen Kampf herausbeschreibt. Dieses Zusammenfallen der Ereignisse berechtigt zu der Annahme, daß das Abkommen zwischen den bisherigen Gegnern lediglich dem gemetrischen Satz gegen die organisierte Arbeiterchaft entspricht. Bei der vorstehenden Bauarbeiterausperrung in Berlin verfuhte man bereits die Unternehmer, die sich dem Schorfmachertreiben nicht freiwillig anschließen wollten, durch Entziehung der notwendigen Baumaterialien zur Beteiligung an der Ausperrung zu zwingen. Der Zweck des vorliegenden Abkommens geht offenbar dahin, die Durchführung dieses Veruuches „vertragsmäßig“ zu sichern. Da dem Verbands angehörenden Unternehmer verpflichten sich gegen hohe Konventionstrafe allen Verlässlichen sich ferner, gleichfalls gegen hohe Konventionstrafe, ihren Zementbedarf nur von dem Syndikat zu beziehen. Die Auslieferung seiner Mitglieder an die Syndikatsgewalt, wird der Verband durch das Zugeständnis ertaut haben, daß Zementlieferungen jenen Bauunternehmern geliefert werden, die sich den Verbandsbeschlüssen, in erster Reihe Ausperrungen der Arbeiterchaft, nicht fügen. Diese Methode illustriert nicht nur die elende Heuchelei des Unternehmertums, das über den Terrorismus der Arbeiterchaft jetzt, die Lemngelicht darüber hinaus die Art und das Wesen des in seinen wirtschaftlichen Folgen unabsehbaren Kampfes, den das Bauunternehmertum in ganz Deutschland zu entfesseln droht.

Redakteur und Studenten. Aus Halle a. S. berichtet man dem „Vorwärts“: Am letzten Sonnabend fand Genosse Leopold vom „Halle'schen Volksblatt“ schon wieder vor der Strafkammer, weil er einem Gen darm aus Ellernweida vorgeworfen hatte, er habe gelegentlich einer Ermittelung keine Pflicht nicht getan. Tatsächlich ist der Gen darm eine Person, dessen Zur

Vor sechs Jahren.

Sturm im Süden! Sturm im Westen!

München, 4. März, Nachmittags 8 Uhr. Die Bewegung wird nun drohend — nicht mehr drohend, sondern sie ist zum Ausbruch gekommen.

Die Tore des bürgerlichen Hauptquartiers wurden gesprengt und die 9000 Musketen sowie 6000 neue Säbel und eine Anzahl alter Waffen sind in den Händen der Studenten, Künstler und Bürger. Auf dem Residenzplatz ist alles mit Militär besetzt — in der Peterskirche heult die Sturmorgel — kurz die offene Widerlegung ist zum Ausbruch gekommen.

Extrablatt zur „Münchener Zeitung“.

Ablu, Sonnabend, den 4. März 1848, Morgens 2 Uhr. Soeben geht uns folgende „amtliche Bekanntmachung“ zur Veröffentlichung zu:

Die Ruhe der Stadt Ablu ist heute Abend in bedauerlicher Weise gestört worden.

Es hat eine Anzahl von Personen gewagt, den in Ausübung seines Berufes im Rathhause versammelten Gemeinderat nicht mit Bitten, sondern mit „Forderungen des Volkes“ zu bestürmen und versucht, eine Genehmigung von Anträgen durch Gewalt zu erzwingen, die in ordnungsmäßigem gesetzlichen Wege bei den loyalen Vertretern der Stadt in keiner Weise zu gewinnen konnten. Diese „Forderungen des Volkes“, wie sie in vielen Exemplaren verteilt worden sind, lauten:

1. Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Staat und Gemeinde.
2. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse.
3. Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern.
4. Freies Vereinigungsrecht.
5. Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für alle.
6. Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.

Es wurde unter anrüchlichen Reden die Versammlung der Gemeindeverordneten geraume Zeit in dem Rathhause belagert, bis die bewaffnete Macht den Rathhausplatz von der zahlreich versammelten Menge säuberte und einen der Rädelsführer, der als solcher den Behörden bezeichnet war, in Haft gebracht wurde. Er ist der Justiz überantwortet. Die gerichtliche Untersuchung wird sofort über dieses in der Provinz unerhörte Attentat eingeleitet werden.

Die friedliebenden Bürger Kölns werden mit mir diese Verletzung des Gesetzes und der Ordnung beklagen. Die Behörden rechnen auf ihren Verstand; es wird die vereinte Kraft und Wachsamkeit beider ferneres Unheil, das durch die Konspiration Böswilliger planmäßig vorbereitet wurde, von der Bevölkerung einer ruhigen, glücklichen Stadt mit Erfolg abzuwenden wissen.

Köln, den 3. März 1848.

Der Regierungspräsident.
v. Ranner.

Deutscher Reichstag.

114. Sitzung, Dienstag, den 3. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Stats des Reichsamts des Innern.

Die Frage der Schiffsabgaben wird ausgeschieden, weil sie gelegentlich der Behandlung einer freilichigen Interpellation über diesen Gegenstand verhandelt werden soll.

In dem Etat des Innern sind 24 Resolutionen beantragt, darunter 5 von der sozialdemokratischen Fraktion, welche Schutz der Arbeiter des Brauergewerbes, Schanzvorschriften und Verbot der Nacht- und Sonntagarbeit für Glasbläser-

arbeiter, Verordnungen zum Schutze der Wals- und Hüttenwerker, ein Reichsberggesetz und einheitliche Regelung des Knappschaftswesens und ein einheitliches Gesetz zur Regelung aller Arbeits- und Dienstverhältnisse, sowie zum Ausbau aller Arbeiter-Versicherungswesen unter Einschluss einer Arbeitslosen-, Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung veranlassen.

Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ (50.000 Mk.).

Hg. Giesberts (Zentrum) widmet dem Grafen Tolstojewsky einen warmen Nachruf und feiert die sozialpolitischen Verdienste des Zentrums. Eine Zurückziehung des Stillschaffengesetzes, von der gesprochen wird, wäre sehr bedauerlich. Die Frauenarbeit in Zuckrübenmühen sollte ganz verboten werden, zumal sie den Lohn der männlichen Arbeiter herabdrückt. Wie steht es mit der geordneten Erhebung über die wenig ergiebigen Arbeitsverhältnisse in Wals- und Hüttenwerken? Redner rät scharf die Angriffe des sozialistischen Gewerkschaftssekretärs auf die christlichen Gewerkschaften. Unter der Parteipolitik dieses Herrn leidet sehr seine Gewerkschaft. (Hört, hört! im Zentrum.) Das ist die Arbeitererkenntnis, dass die Unternehmer ihnen in den Tarifverträgen die Gleichberechtigung zuerkennen haben. Das ist Frauen, das ist unfähige Buchhaltervorlage in den Arbeiterkreisen erweist hat, wird nicht so leicht zu beseitigen sein. Bei Enqueten soll man auf die Arbeiterorganisationen hören. Während einige Kommunisten Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit ergriffen haben, hat das Reich noch nichts zu ihrer Bekämpfung getan. Hier sollten doch alle Instanzen ankommen. (Bravo! im Zentrum.)

Hg. Pauli-Potsdam (Kons.) feiert ebenfalls den Grafen Tolstojewsky und wünscht dem neuen Staatssekretär ein warmes Herz für den Mittelstand. Koalitionsfreiheit ist ganz gut, aber die Freiheit der Arbeitswilligen muss geschützt werden. Die Arbeitslosen sind zu sehr in die Höhe gegangen. Der Mittelstand leidet schwer. Der Maximalarbeitslohn ist unangenehm. Für Unmögliches sind wir nicht zu haben. (Bravo! rechts.)

Hg. Dr. Stresemann (Natl.) lobt ebenfalls den Grafen Tolstojewsky, klagt über russische Zollsituation und tabel, ohne Namensnennung gegen Äußerungen seines Parteigenossen Bremer im preussischen Abgeordnetenhaus polemisierend, die sich nicht auf die Preispolitik des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels. In der Verteilung dieser Staatspolitik sind alle Parteien vom Reich bis zu den Arbeitern einig. Genuß muß nach Mannans Ausdruck der Industrie unterstellt werden. Vielfach gehören die Hausindustriellen zum neuen gewerblichen Mittelstand. Ueber die Höhe in der Heimarbeit hat man vielfach falsche, tendenziöse Angaben gemacht. Die Förderung der wirtschaftlichen Vereinigung, den Werkmeistern und Technikern eine besondere Vertretung zu gewähren, unterstützen wir warm. Nur ein verschwindendes Bruchteil des neuen Mittelstandes ist sozialdemokratisch. In den Mauern der Landwirtschaft und des neuen gewerblichen Mittelstandes werden die Zeichen der Revolution ablesen. (Leb. Zustimmung bei den Natl.) Nicht die Wahlbeeinflussungen der Regierung, sondern die beginnende Einsicht der Arbeiter hat die Wahlveränderung der Sozialdemokratie herbeigeführt. (Leb. Weisfall bei den Natl.)

Hg. Robert Schmidt-Berlin (Sozialdemokrat):

Der Arbeitsmarkt ist außerordentlich gedrückt, die Zahl der Arbeitslosen erheblich groß. Die Großunternehmer ertragen freilich den wirtschaftlichen Niedergang leicht und die Syndikate treiben fortwährend die Preise in die Höhe, während nur vereinzelt, nämlich nur die Arbeiterorganisationen vorhanden waren, die Höhe der Arbeiterlöhne, wobei jedoch die Lohnherabsetzungen durch die Verteuerung der Lebensmittel aufgehoben wurden. Am Januar zählten die Berliner Gewerkschaften über 2000 arbeitslose Mitglieder. So erweist denn die Frage der Arbeitslosenfürsorge immer dringender eine Lösung. Freilich ist die Aufgabe für die kapitalistische Gesellschaft eine sehr schwierige; wenn aber die Gewerkschaften 3/4 Millionen Mark für Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen aufgebracht haben, so ist das ein Beweis dafür, daß auch der hiesige Staat, wenn er ernsthaft will, auf diesem Gebiete etwas leisten kann. Die Arbeiterschaft hat sich mit einem geringeren Lohn unter gleichzeitiger Einschränkung der Arbeitszeit bereit erklärt, um die Lasten des wirtschaftlichen Niederganges möglichst gleichmäßig zu verteilen. Von den Unternehmern beiseite aber nur wenige diese soziale Verantwortung in rücksichtsloser Weise werden Launen von Arbeitern auf Kosten der Arbeiter, und das Zentrum, dessen Redner jetzt das Glas beklagen, hat durch seine Zustimmung zur Zollpolitik selbst dazu beigetragen. Ein wichtiger Gewerkschaftsgegenstand, wie die Butter, ist innerhalb einiger

Jahre um vierzig bis fünfzig Prozent teurer geworden. Und dann kommt der Abg. v. Dirlsen und besagt, daß man nicht mit

scharfen Patronen auf die Arbeitslosen

geschossen habe (Antes hört, hört! b. d. Soz.), die er als „Bande“ bezeichnet. Das charakterisiert die ganze Denkmessung des Herrn von Dirlsen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Sozialpolitik ist ins Stocken geraten. Der Zentralverband der Industriellen hat seine Genauigkeit über Tolstojewsky's Rücktritt kaum verhehlt und Herr von Bethmann-Hollweg, ohne, daß dieser Widerspruch erhob, gewarnt, den Spuren seines Vorgängers zu folgen. Der Zentralverband sucht zunächst die Selbstverwaltung der Krankenkassen an beiseite. Auch von freier Arztwahl will er nichts wissen. Das hätte Herr Dr. Mugan eigentlich nicht verdient, der so wieder im Interesse des Zentralverbandes kämpfte. Wir Sozialdemokraten haben, wo wir Einfluss in den Kassen hatten, die freie Arztwahl wenigstens teilweise zur Einführung gebracht. In den Betriebskrankenkassen aber, wo die Unternehmer herrschen, ist wenig davon zu sprechen und die Arbeiter hat sie, z. B. im Eisenbahnbetriebe, nicht abgelehnt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner wendet sich der Zentralverband gegen die Abschaffung der Konkurrenzkaufel, gegen die Einschränkung der Heimarbeit, gegen die Rückkündigung für die Feuerarbeiter und gegen jede gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit, gegen gesetzliche Regelung der Tarifverträge und gegen jede Ausdehnung der Koalitionsfreiheit. Der Herrenstandpunkt wird mit der höchsten Schroffheit herorgehört. Den Arbeitern predigt der Staatssekretär Bescheidenheit; warum richtet er diese Ermahnung nicht lieber an die Unternehmer? In einem Telegramm hat der Reichskanzler beiont, daß Regierung und Zentralverband über Sozialpolitik dieselben Anschauungen hegeln. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Das zeigt uns, was wir von der heutigen Sozialpolitik zu erwarten haben. Der Zentralverband wittert Morgenluft. Mit den Arbeitern hat der Staatssekretär nicht die geringste Fühlung, wie z. B. das Arbeitsamtergesetz beweist. Selbst der Handelsminister Delbrück hat vor allzu schroffem Herporstreben des Herrenstandpunktes gewarnt; für den Industriemilitarismus allerdings, den dieser Herr empfiehlt, bedauern sich Arbeiter ebenso. Die Arbeiter verlangen, beim Vertraue

als gleichberechtigt behandelt zu werden.

Das Arbeitsamtergesetz mit seinem kompromittierten und völlig unbefriedigenden Wahlsystem bleibt auch hinter den allerbesten Wünschen der Arbeiter zurück. Die Landarbeiter sind wiederum von aller Vertretung ausgeschlossen. Für sie geschieht überhaupt nichts. Der Krankenversicherung sind sie noch immer nicht unterstellt; ihre Unfallfürsorge ist außerordentlich mangelhaft; Anwesenheitsbeschränkungen beeinträchtigen ihre persönliche Freiheit. In jährlich wachsender Masse werden ausländische Arbeiter ins Land gezogen. Schon spricht man auf vielen Gutsböden kein Wort deutsch; die Besitzer dieser Höfe sind die Vertreter der nationalen Politik. (Sehr gut! b. d. Soz.) Für die ausländischen Arbeiter hat man die bekannten Legitimationsarten eingeführt. Die ausländischen Industriearbeiter sollen derselben Beschränkung unterworfen werden; sie sollen bei jedem Schritt vor die Türnaive gestellt werden, Streikbrecher zu spielen oder auszuweisen zu werden. Wie kommt die preussische Regierung dazu, der deutschen Landarbeiterzentrale, einer Privatgesellschaft, amtliche Befugnisse zu erteilen. Diese ganze Bestimmung richtet sich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für Grund sehr zweifelhafter Gerichtsentscheidungen hat der preussische Eisenbahnminister

für die Eisenbahnerkstätten

die Gewerbeordnung aufgehoben und die Fabrikspektion aus seinen Betrieben herausgewiesen. Und dann spricht man von sozialen Musterbetrieben. Selbst die Keller in den Bahnhofsrestaurationen sind außerhalb der Gewerbeordnung gestellt worden und die Buchhandlungen auf den Eisenbahnen richten sich nicht nach den Reichshandlungsanordnungen über die Sonntagsruhe. Der unsozialste Geist beherrscht völlig die preussische Gesetzgebung und die preussische Verwaltung. Wegen der Arbeiterfrage wird ein lächerlicher Kleinkrieg geführt. In ungenügender Weise wurde in einem Prozeß gegen einen Arbeitersekretär die politische Bestimmung als strafschärfend angesehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch in Königsberg ist ein Gewerkschaftssekretär angeklagt worden, seinen Geschäftsbetrieb nicht angemeldet zu haben, obwohl er an alle Arbeiter eine unentgeltliche Auskunft erteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dagegen läßt man in Süddeutschland den Arbeitervertretern alle Förderungen anteil werden. Wie einseitig die preussischen Behörden zugunsten der Unternehmer Stellung nehmen, zeigt auch der Umstand, daß die streikenden Arbeiter die Stromvollzieher in Kenntnis setzten, daß die Rheinampfer mit ungenügender Befugnung fuhren, Herr Sinnes von der Strominspektion die Befugnung erhielt, daß sie die Angelegenheit der Arbeiter nicht beachten würde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Zahlabend des Sozialdemokraten Vereins Breslau Montag, den 9. März Abends 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

Der Selbstmord des Hauptmanns von Goeben.

Zu dem blutigen Abschlus, den die Tragödie in Allenstein gefunden hat, teilt die „Allent. Ztg.“ noch folgendes mit: „Trotz schärfster Bewachung ist es dem Hauptmann v. Goeben Montag Nachmittags wahrscheinlich zwischen 3 und 4 Uhr, gelungen, sich während des Essens die rechte Halskugelader zu durchschneiden, so daß beim Eintreffen ärztlicher Hilfe der Tod durch Verbluten bereits eingetreten war.“

Ueber die Einzelheiten des Selbstmordes bringt die „Allenstein. Zeitung“ auf Grund zuverlässiger Informationen folgende Mitteilung:

Bis 2 Uhr Nachmittags hatte Goeben Feind durch den Medizinalrat Bynpe aus Königsberg. Um 3 Uhr erhielt er wie gewöhnlich das Mittagessen. Bis 3 1/2 Uhr sah der auf dem Gange stehende Posten durch das kleine Fenster der Zelle für den Hauptmann am Tische sitzen. Die Zelle war durch das Fensterchen bis auf einen Teil des Bettes zu übersehen. Goeben pflegte wenig und mit Unterbrechungen zu essen, während deren er in der Zelle auf- und abging. Nach dem Essen legte er sich gemächlich auf das Bett. Dem Posten fiel es daher auch weiter nicht auf, daß Goeben sich nach seinem Bette begeben hatte, und daß noch ein Teil des Essens auf dem Tische stehen blieb. Inzwischen aber hatte sich Goeben mit dem kumpfen Tischmesser an dem von draußen nicht zu sehenden Teile des Bettes einen mit großer Energie ausgeführten Schnitt am Hals beibringen lassen. Ein Geräusch hatte der Posten nicht gehört. Als der Arrestantenwärter um 4 Uhr 30 Minuten Nachmittags die Zelle betrat, fand er Goeben tot auf dem Bette.

Das Hauptmann von Goeben ein willenloses Werkzeug in der Hand der Frau von Schönebeck gewesen ist, geht aus dem Geständnis hervor, das er während der Haft dem Dr. Fihm. v. Schörend-Noggen gemacht hat. Daraus ergibt sich auch, daß ohne Zweifel seine freie Willensbestimmung bei dem Tode der Frau nicht vorliegt, wenn auch nicht vollständig ausgeschlossen war. In der Auskunft, die der Psychiater einem Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeigers“ über die Untersuchung des Beschuldigten gegeben hat, heißt es u. a.:

„Ich habe jene Frau für eine Art reinen Heiligatun gehalten und ihr alles, alles geglaubt. Wenn ich heute zurückdenke, so begreife ich nicht, wie ich das alles glauben konnte. Die Frau muß eine Art Suggestion auf mich ausgeübt haben. Ich habe ohne Bedenken und ohne inneren Widerstreben die größten Verbrechen für diese Frau begangen, die sie von mir haben wollte, und fühlte mich sogar glücklich dabei. Ich habe nie Gewissensbisse gehabt. Ich das nicht schenkt! Obwohl ich doch aus ihrem eigenen Munde wußte, welsch leichtsinniges Leben sie geführt, hat es mich nicht abgehalten, sie bis zum Wahnsinn zu lieben und abzugeben. Sie hat sie mich durch ihre eigenen Klagen über Mißhandlungen ihres Mannes dahin gebracht, daß ich in mir die Idee festsetzte, diese Frau von dem Manne zu befreien, der mir in den widerlichsten Verden erschien. Ein Duell wollte sie nicht eingehen — wie ich jetzt weiß, aus den hallosten Gründen. Aber — ihr Verbot genügt mir nicht, die Idee eines Duells ändlich auszusprechen! Da entstand in mir der wahnsinnige Plan eines Duells ohne Zeugen. Ich wollte den unglücklichen Mann zwingen, sich von seiner Frau scheiden zu lassen oder sich mit mir zu schließen. Das dabei der ralebe Sehnsucht, die Frau selbst zu befreien, eine Haupttriebfeder war, lenge ich nicht. — Ich hätte Vaterland, Mutter, Freunde — alles, alles lassend im Stich gelassen, wenn ich dafür diese Frau hätte eintauschen können, wie ich ja auch meine Ehre lassend in den Dred getreten habe. Ich meine, wenn ich offen sein soll, diese unglückliche Frau hat mich in hypochondrischen Einflus auf mich gehabt, der mich zu ihrem willenlosen Werkzeug machte. — Ich kann mir das alles nicht erklären. Ich kann es auch merkwürdigerweise nicht beargewöhnen, daß ich ihr immer aus der Lüste der arbeitsfähigen Menschen gestrichen sein soll!“

Ueber die Tat selbst berichtete von Goeben, daß er im November d. J. einen Brief von Schönebeck gekauft habe, so viel, daß er 200 Wörtern hätte damit vergiften können. Als es zur Ausführung der Tat kam, feilte der Frau der Mut. Bei der Frau handelte es sich die ganze Zeit wahrscheinlich weniger um Mordgedanken als um eine hysterische Spielerei. Dem in Wahrheit behandelten ihr Mann sie gar nicht schlecht. Das Ehepaar kam auch ganz gut zusammen aus. Es war eben die hysterische Art der Frau, den Mann zu reizen. Und so rächte der Weibnachtsabend heran. An diesem Abend war

v. Goeben Gast bei v. Schönebeck von 2 bis 9 Uhr. Und während der hatte einen Moment im Nebenzimmer weilt, ließ die Frau ihren Geliebten unter dem Weihnachtsbaum schlafen, daß „es heute um 11 Klappen kommen sollte.“ Und v. Goeben schwor! Dann kam die Nacht. Bis drei Uhr Morgens kam die Frau mit seinem Entschlus, dann stieg er durchs Fenster. Goeben hatte er sich die Strümpfe übergezogen, während die Frau die Hände zu sich ins Zimmer genommen hatte. Die Wäsche hatte er in der Tasche, welche sie aber nicht vor. Er wollte dem Major Gesicht zu Gesicht entgegenzeten. Seine Absicht war, ihn in dem großen Speiseaal zu treffen, weil dort elektrisches Licht und ein großer Raum zum Schießen war. Dazu hatte er eigentlich durch das Fenster des Speisesaales einbringen wollen. Aber Frau von Schönebeck entgegengesetzt den Verabredungen, dieses Fenster geschlossen. Ein Beweis, daß sie selbst an keinen Mord geglaubt, sondern auch der Schwur nur eine hysterische Spielerei von ihr war. Wie der Major, vom Arm erweckt, dem Hauptmann mit dem Revolver in der Hand entgegentrat, ist bekannt. v. Goeben wollte reden, erklären. Er rief: Herr Major! — Da aber der Major die Waffe erhob, so verzerrte v. Goeben schnell und rasch seinen Segner mitten in die Stirn. Major v. Schönebeck kam überhand nicht zum Schuß, die Markierung an der Patrone rührte vom Fallen der Waffe her.

„Sie sagte zu mir“, erklärte von Goeben zum Schluß, „wenns noch lange dauern, gehe ich laput. In einem halben oder ganzen Jahre sind mir noch ebensoweit wie jetzt. Nach dem Schluß und Sorge dafür, daß mein Mann gleich tot ist, damit er nicht gegen uns auslagen kann.“

Auf dem Tische der Zelle fand man, wie das oben gerannte Blatt weiter berichtet, zwei Briefe von Goeben vor, einer davon an seine nächsten Angehörigen adressiert, der zweite, der wohl für die Militärbehörde bestimmt sein dürfte, ohne Adresse. In diesem Briefe legt von Goeben nochmals ein offenes Geständnis seiner Tat ab. Er hätte, wie er darin angstvoll vollkommen unter dem Einflus der Frau von Schönebeck gestanden. Nach der Tat habe er es selbst nicht begreifen können, wie er sich so weit hinsetzen lassen konnte. Es sei ihm dann selbst der Gedanke gekommen, daß er in einem Zustande geistiger Gestörtheit gehandelt hätte. Wenn das der Fall gewesen, so hätte er es für möglich gehalten, weiterleben

Geschichtskalender.

- 1584 Correggio, italienischer Maler.
1827 Laplace, berühmter Physiker.
1848 Heidelberger Vatikanverlesung fordert deutsches Parlament.
1907 2. Duma in Petersburg eröffnet.

Des März-Vorabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau findet Montag, den 9. März, Abends 8 Uhr, im den Reichstafeln statt. Da die kommenden Monate heftige Wahlen bringen, haben wir mehr als je die Pflicht, den Arbeitenden, diese allmonatliche Zusammenkunft aller organisierten Genossen, zu besuchen und uns zu betätigen.

Die Breslauer Kleinhandlcr und die Sonntagruhe. Die Handlungsgehilfen antisemitischer Färbung beschäftigten sich auf dem sogenannten Ordnungsgesichtstag am Sonntag auch mit der Sonntagruhe im Handelsgewerbe. Der Referent führte unter anderem aus: Die jetzt bestehende Sonntagruhe sei eine Sonntagsunruhe, die unbedingt beseitigt werden müsse, wie es übrigens an vielen Orten schon geschehen sei.

Die Detailisten wollen auf eine Arbeitsleistung an den hohen Feiertagen gern verzichten, und auch nur an den zwei letzten Sonntagen vor Weihnachten ihre Geschäfte länger als sonst offen halten, aber sie müssen, wenn nicht für die kleinen Kaufleute die schwersten Schäden entstehen, der vollen Sonntagsruhe ihre Zustimmung verweigern. Besonders große Verluste würden die Kaufleute mit Landwirtschaf erleiden, weil die Bauern wegen Mangels an Zeit ihre Einkäufe Sonntags nach dem Kirchgang zu machen pflegen.

Gegen diese allen Kamellen trat ein Droßig und Kaufmann Wolf mit Argumenten auf, die um so bemerkenswerter sind, als dieser ebenso antisemitischer Mittelhändler ist wie Vogel. Wolf stimmte dem Referenten zu.

Es müßte noch die ideale Seite der ganzen Angelegenheit berücksichtigt werden. So haben z. B. die 400.000 Kaufleute, die ohne Angehörige sind, das meiste Interesse daran, daß der Sonntag als völliger Ruhetag gilt, denn wenn er die ganze Woche hindurch laßig gehalten wird, dann muß er wenigstens einmal am Sonntag ruhen und sich seiner Familie widmen. Was ein Konsumt in seinem Haushalt braucht, das kauft er und wird sich seine Ware schon am Sonnabend kaufen, wenn Sonntag die Geschäfte geschlossen sind.

Etwas ganz Neues brachte Kaufmann Glagel: Ziegenhals vor: Er behauptet, daß die jungen Leute nicht besser und nicht klüger würden bei Einführung der Sonntagruhe; die allzugroße Freiheit würde nur einen schädlichen Einfluß auf sie ausüben und sie zu allerlei Ausschweifungen verleiten. Er kam wohl zu diesem Schluß, weil er selbst mit seiner allzugroßen Freiheit nicht den rechten Gebrauch zu machen weiß und man ja leicht geneigt ist, von sich auf andere zu folgern.

rechten Gebrauch zu machen weiß und man ja leicht geneigt ist, von sich auf andere zu folgern. Mit Recht erwiderte ihm der Referent: Der in der vollen Sonntagruhe liegende Kulturfortschritt dürfe nicht aufgegeben werden, selbst wenn einige kleine Exzessen dabei zu Falle kommen sollten. — Selber ist der Einfluß dieser 400.000 Kleinhandlcr trotz des Zeitalters des Sozialkapitalismus noch so groß, daß den Angestellten noch ein weiterer Weg bis zur vollen Sonntagruhe zurückzulegen bleibt.

Die Einreißer und Umstürzer an der Arbeit.

Im „Punktwort“, dessen Märzheft wieder trefflich ausgestaltet ist, ist die allen Breslauern bekannte Ring- & Co an der Elisabethstraße (Oberstraße) abgebildet. Diese Co resp. die beiden Häuschen und der Torbogen, sollten bekanntlich abgerissen werden, was mit Recht der „Punktwort“ als eine Baufarbe geteilt. Er schreibt dazu:

Auf der letzten Seite geben wir ein Beispiel zur ästhetischen Kultur, das einen der vielen Fälle, durch die unsere Städte sich langsam aber sicher das Grab ihrer Schönheit graben, erläutert. Wieder soll eine Kirche — die Elisabethkirche am Breslauer Markte, dem berühmten „Ring“ — freigelegt werden. Der Verleger kommt auf einem echt neuzeitlichen Buchstabenplan dahinter, und droht dem alten Liebeshäuschen zu Füßen des Turmes mit jähem Tode. Eben dieses kleine Haus aber gibt erstens dem Netzen hinter ihm fürs Auge erst die rechte ragende Größe, und zweitens: Es bildet durch seine Schräglage zu dem (hier verdeckten) alten Nachbargebäude vor der Kirche einen friedlichen kleinen Platz. Einen solchen empfand die ältere Zeit so sehr als nötig, daß sie ihn noch durch einen Barock geschweiften Torbogen nach dem offenen „Ring“ an begrenzte. Aber vor heutigen fühlten nicht mehr nach, was einer höheren Baukultur Bedürfnis war, und was eine höhere Baukultur in der Zukunft bitter an der unzureichenden Verfügen wird; darum nehmen wir laut Zeitungsbericht im hohen Gemeinderat, mit begeisterten Zurufen, um den Antrag auf, das kleine, schlichte Haus anzukaufen, um es niederzureißen. Nehmen wir an, daß hier wirklich mehr als ein niedrigerer Verfall geschaffen werden muß — gibt es dann keinen anderen Weg, als den der brutalen Selbstverleumdung? Daß dieser andere, vielleicht weniger im Lineal Sinne gerade, aber gewiß nicht minder gangbare Weg von der Kompaktion der Mehrzahl gar nicht einmal mit Ernst gesucht zu sein scheint, das ist das Traurigste an Beispielen, wie diesem.

In der Stadtkorridor-Verammlung haben unsere Genossen bekanntlich im Sinne der obigen Ausführungen gesprochen und gestimmt. Allein selber vergeblich. Die, die sonst stets gegen uns als „Umstürzer“ wettern, erwiesen sich hier selbst als die wahren Umstürzer und es ist nur gut, daß der Magistrat inzwischen auf den Ankauf dieser Häuschen verzichtet hat.

Ueber die künstliche Ernährung des Säuglings

Im zweiten Abend des von Richard Welgerl in veranstalteten Vortragszyklus Dr. Richard Welgerl. In der Einleitung seiner Ausführungen betonte, nach uns vom Magistrate zugegangenen Mitteilungen, der Redner den überaus wichtigen Vorteil der Brusternährung mit der auch bei einem Minimum von Sackkenntnis und Sorgfalt und unter den ungünstigsten sozialen und hygienischen Verhältnissen geradezu verblüffende Erfolge erzielt werden können. Im Gegensatz dazu sei der glatte Verlauf der künstlichen Ernährung abhängig an die sorgfältigste Leitung der Ernährung und an günstige Wohnungsverhältnisse der Eltern; schließlich müßte es sich auch um ein gesundes Kind handeln.

Vortragender zeigte darauf wie die Hoffnungen und Verfolge der letzten Jahrzehnte sich erfüllt haben, Erfolge in der künstlichen Säuglingsernährung dadurch zu erringen, daß man Mischungen herstellte, welche in ihrer chemischen Zusammensetzung der der Frauenmilch nahe kommen ließen, und daß man diese Mischungen sterilisierte oder pasteurisierte. Auch die Bereitung roher Eiermilch hätte nicht das gehalten, was ihre wissenschaftliche Begründung versprach. Redner zeigte darauf, wie man gelernt hätte, mit einfachen, mit dem Alter des Säuglings abnehmenden Verbindungen von Eiweiß mit Wasser, Süßholz- und Weizenstärke zu ersetzen. Wichtig hierbei Schmelz- und Weizenstärke zu ersetzen. Wichtig hierbei Schmelz- und Weizenstärke zu ersetzen. Wichtig hierbei Schmelz- und Weizenstärke zu ersetzen.

der rohesten Weise misshandelt, und Bertrand glaubte die arme Frau nicht anders vor Piffen schützen zu können als durch dessen Ermordung.

Auch eine Art Konfirmanden-Unterricht. Der wangelnde Varrer Jannler zu Barchin ist klüger geworden, weil er sich mit Konfirmanden während des Unterrichts nicht verganzen haben soll.

Ein großer Diebstahl richtete in Richmond und Clarendon in New York großen Schaden an. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt und die Ernte durch einen nachfolgenden Hagelsturm vernichtet. Die Jagdschlösser erreichten eine solche Höhe, daß zwei Männer beizuh und einem Pferde ein Auge ausgeschlagen wurde.

Diebstahlsgeheimnis. Eine „Gnädige“ in Landsbut hatte in Gedanken einen Schmutz verlegt und bedauerte sofort das Diebstahl des Diebstahls. Aus Gram über diese Bedauern wollte das unglückliche Mädchen ins Wasser springen. Einige Arbeiter verteilten den Selbstmord und brachten die Verunglückte in die Wohnung der Herrschaft, wo man dem Mädchen dann erklärte, es hätte nicht „solch dumme Sachen“ machen brauchen, der Schmutz sei jetzt da.

Kleine Chronik. Der Theologe Johannes Konia, ein gebürtiger Rheinländer, stelte in einem Gasthause in Weiskirchen im Saargebiet mehrere Mädchen. Das Gewerbe entlud sich ein Mädchen wurde getötet, die anderen erlitten Verletzungen. In Jülich ist der Schriftsteller Rudolf Kobermann aus Stettin verhaftet worden, ein ehemaliger Zahnarzt und Redakteur, der seit dem September in Jülich wohnte, wo er im Oktober auch einen Selbstmordversuch machte. Er hatte in der Jülicher Stadtbibliothek aus einzelnen Werken, die aus dem sechzehnten Jahrhundert stammen, kostbare Blätter in Werte von mehreren tausend Franken angekauft und an Antiquare in London und Leipzig verkauft. — Aus Algier wird gemeldet, daß ein Mann und eine Frau, welche am Sonntag in einem hiesigen Hotel abfielen, Selbstmord begingen. Man hat Anlaß, anzunehmen, daß beide Verurteilten identisch sind mit den Mädchen einer Dar-Tabarin in Antwerpen. Zu dieser Annahme gibt das Hinterlassen dreier Briefe der Selbstmörder Anlaß. Unter diesen Briefen befindet sich auch einer an den Staatsanwalt in Antwerpen. — Das Schwurgericht in Limoges verurteilte den Kirchenlieb Thomas wegen seiner Diebstähle an sechs Jahren Zwangsarbeit und 20000 Franken Schadenersatz sowie Rückerstattung aller gestohlenen Gegenstände an den Staat. Die übrigen Angeklagten erhielten je zwei Jahre Gefängnis.

Ich komme nun auf den Jugendschicksal.

Manches, was Herr Roeren über die sittlichen Gefahren, die der Jugend drohen, gesagt hat (von der modernen Arbeiter), ist richtig, aber viel schwerere Gefahren drohen der Jugend auf dem Gebiete des Wohnungsweins. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verichte der Gewerkschaften zeigen hier schwere Mängel. Eine Teilung der Geschlechter in den Schlafräumen findet namentlich im Osten, wo russische Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage kommen, fast gar nicht statt. Ein großer Mangel ist, daß die wenig Betriebe konzentriert werden und die Verichte selbst geben oft keinen klaren Einblick in die Verhältnisse. Namentlich die Berichtsbereiche sind äußerst mangelhaft. Wir verstehen das freilich, wenn wir daran denken, daß ein großer Teil der Inspektoren ihre Stellung nur als eine Uebergangsstation betrachtet, um weiter in die Privatindustrie überzugehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Einige Redner haben auch die Handwerkerfrage erwähnt. Die Handwerkerfrage, welche die Regierung sehr unterbreitet hat, zeigt, daß die Erfolge der Handwerkerregulierung äußerst minimal sind. 171 Mill. pro Jahr und Mittelteil werden die Einnahmen für die Schulen auf, also eine sehr geringe Summe. Ein Evidenz aller Einnahmen also eine sehr geringe Summe. Ein Evidenz aller Einnahmen also eine sehr geringe Summe. Ein Evidenz aller Einnahmen also eine sehr geringe Summe.

genossenschaftlicher Organisation des Handwerks.

Aber sie müssen als freie Unternehmerorganisationen ausgebaut werden, und der Staat muß auch den Arbeiterorganisationen freie Bahn geben, legt wir von den Zwangsorganisationen der Terroristen zu unterscheiden, den sie den Gewerkschaften nachsagen. Die Sozialpolitik darf nicht zurücktreten vor dem Einriß in alleingewagte Uebel, vor allem bei der Hausindustrie. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Die Sozialpolitik ist heute viel zu sehr unter dem Einfluß des Unternehmertums. In einem Teile ersetzen die Arbeiterorganisationen, was die Gesetzgebung den Arbeitern versagt. Aber wir appellieren an die Gesetzgebung, daß sie die Armen, die Hilfsbedürftigen schütze. (Recht, Gehalt v. d. Soz.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Arbeiterbewegung.

Unternehmer-Hochmut. Aus Kiel wird gemeldet: Wenn der Schiffbauerkreis auf den Sozialistwerken im Laufe dieser Woche nicht brennt wird, sollen 60 Prozent sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter ansaessert werden.

Der sieben ordentliche Verhandlungstag des Holzarbeiterverbandes ist auf Sonntag, den 24. Mai 1908 nach Stettin verlegt. Am 24. Mai findet Abends die konstituierende Versammlung statt, während am 25. Mai die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages beginnen werden.

Die Generalsammlung des Deutschen Lithographenverbandes, die gegenwärtig in Saalfeld abgehalten wird, beschloß einstimmig die Auflösung des Bundes und Verknüpfung mit dem Verbande der Lithographen und Steindrucker. Der Bund war eine reine Unterstützungs-Vereinigung.

Fortschritte der Organisation. Der Garkochgeschiltenverband hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 6809 auf 6702 gesteigert. Das bedeutet eine Zunahme um 93 Mitglieder. Das Verbandsvermögen belief sich Ende 1906 auf 58.803 Mk., Ende 1907 auf 70.590 Mk., auch hier also ein erfreulicher Fortschritt. — Der Portefeuillerverband hatte im Jahre 1907 einen kleinen Mitgliederzuwachs von 3977 seine Mitgliederzahl verminderte sich im Laufe des Jahres von 3977 auf 3895. Seine Einnahme belief sich auf 78.656 Mk., seine Ausgabe auf 39.332 Mk. Das Vermögen des Verbandes liegt demgemäß im Jahre 1907 von 97.865 Mk. auf 132.187 Mk.

Lohnbewegung der Schuhmachergehilfen in Leipzig. Eine Gehilfenversammlung hat die Organisationsleitung beauftragt, mit den Unternehmern über eine Verbesserung des Tarifs zu verhandeln. Sollten sich die Unternehmer nicht darauf einlassen wollen, so soll der am 1. März ablaufende Tarif gekündigt werden.

Achtung Bergarbeiter! Zwischen der Bergarbeiter-Gesellschaft in Reuselwitz und deren Verwaltung sind Differenzen ausgetreten, weil ältere Kameraden entlassen und jüngere dafür eingestellt werden. Inzug nach der Grube: Grube ist daher streng zu vermeiden.

Zum Kampf im Baugewerbe. Sämtliche Bauhilfsarbeiter in Eisenach streiken. Das Baugewerbe ruht vollständig.

Aussperrung. In der Torpedoabteilung der Danubius-Schiffbauwerkstatt in Pest, wurden alle Arbeiter wegen Forderungen ansaessert, trotzdem die Fabrik bringende Bestellungen des Militärs anzuführen hat.

zu können. Da er nun aber die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Gutachten der Richter ihn für geistig normal erklären würden, und er inselgedessen sich wegen Mordes zu verantworten haben würde, so habe er eingesehen, daß er tatsächlich ein Verbrecher sei, und dann die Konfession daraus gezogen, daß er nicht mehr weiterleben dürfe, nachdem er dem deutschen Kaiserreich solche Schande gemacht habe.

Ueber Frau von Schönebeck schreibt die „Berliner Zeitung“:

Wie erinnerlich war Frau v. Schönebeck am Dienstag, den 21. Januar, zur Beobachtung ihres Seinszustandes nach der Internatalklinik Kottbus übergeführt worden Gemäß § 51 der Strafprozess-Ordnung darf der Aufenthalt in der Klinik zum Zwecke der Beobachtung die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen. Diese Frist von sechs Wochen ist an diesem Dienstag abgelaufen. Wie wir hören, wird Frau von Schönebeck, da sie gegenwärtig unzweifelhaft geisteskrank ist, auch weiterhin in der Klinik Kottbus verbleiben. Ihr Zustand ist herab, daß ihre Zurückführung in das Unterstützungsheim... und mit Lebensgefahr für sie verknüpft sein würde. Insgeheim ist, wie wir vernahmen, in offiziellem Einverständnis der in Frage kommenden Stellen beschlossen, sie vorläufig weiterhin in Kottbus zu behalten. Das Verfahren gegen Frau von Schönebeck ist damit, wie sich aus Vorstehendem ja eigentlich schon von selbst ergibt, natürlich nicht aufgehoben. Wenn es gelingen sollte, sie wieder herzustellen, würde das Verfahren selbstredend seinen Fortgang nehmen, wobei dann naturgemäß zunächst die für die Strafverfolgung entscheidende Frage zu klären bliebe, ob die Seinsgefahr, die gegenwärtig fraglos vorhanden ist, auch schon zur Zeit der Ermordung ihres Gatten bestand.

Die Leiche des Hauptmanns v. Goeben ist nach der Feiernhalle des wassersicheren Friedhofes gebracht worden, wo voraussichtlich morgen Vormittag in aller Stille die Beerdigung stattfinden wird. Heute Vormittag trifft die „Gnädige“ Mutter Goebens zur Beerdigung in Allenstein ein, die den Sohn in ihren Briefen immer wieder ermahnte, nicht an Selbstmord zu denken, sondern das Schicksal mit christlicher Geduld zu tragen.

Aus aller Welt.

Für 344.000 Mark falsche Reichsbanknoten entdeckt. Bei der Einreichung von Reichsbanknoten sind im vergangenen Jahre nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsbank noch 344.000 Mark gefälschte Reichsbanknoten in Umlauf geblieben. Erst im Januar waren darunter falsche Reichsbanknoten im Höhe von 740.000 Mark eingezogen worden. Grundsätzlich, der bei der

Reichsbanknoten, vom April 1886 bis Mitte Oktober 1897 in verschiedenen Reichsbanknoten, zuletzt als Oberaktör tätig war, hatte bis auf den Stempel- und Nummernausdruck fertigestellte Notenschemata, darunter auch Formulare der Forderungsnote der 2. Emission, aus den Notizen der Drucker entnommen, die Stempelung mit Hilfe von Stempel und Hülse aus den Notizen der Reichsbanknoten selbst angefertigt und die Fälsche dann als echte Notizen in den Verkehr gebracht. Durch einen Unfall wurde im März 1898 sein verbrecherisches Tögen entdeckt, was nach der Untersuchung nach er sich das Leben. Vor der Entscheidung war es für die Beamten der Reichsbank tatsächlich unklar, die Unrechtheit der Fälsche zu erkennen. Erst nach der Entscheidung gelang dies durch sorgfältige Prüfung des Stempel- und Nummernausdrucks mit Hilfe einer von der Reichsbank in diesem Zweck hergestellten, die genaue Lage der Stempel und der Hülse auf der Druckplatte ersichtlich machenden Vorrichtung. Offenbar sind jedoch bis zum März 1898 von Grünsel fast sämtliche Notizen II. Emission zu 1000 Mark in viel größerer Zahl, als nachgewiesen werden konnte, in den Verkehr gebracht, von der Reichsbank trotz sorgfältiger Prüfung als echt erkannt als eingeleitet und verwendet worden, so daß der Umlauf von echten Notizen durch die Verbreitung sich tatsächlich nicht in dem Maße vermindert hat.

Sozialwesen. Aus Barmen wird gemeldet: In der Nacht zum Montag überfielen betrunkene Soldaten einen Offizier, den Leutnant de l'Escale. Sie brachten ihm eine Anzahl Messerschläge bei und warfen ihn in den Schmutz. Dem Angegriffenen gelang es, einen der Täter, einen Gemeinen vom 139. Infanterieregiment, festzuhalten und durch andere Soldaten, die durch den Lärm herbeigelaufen waren, auf die Wache bringen zu lassen.

Zusammenstoß im Bremer Hafen. Ueber eine Karambolage im Hafen von Bremen, meldet eine Leuchte: Der deutsche Dampfer „Vorwärts“ fuhr Montag beim Einlaufen in den Hafen mit dem Torpedoboot „Hercules“ zusammen, dem mehrere Platten eingebrochen wurden. Das Boot karambolierte dann mit einem Dampfschiff, der ebenfalls Beschädigungen erlitt. Auch der deutsche Dampfer „Hercules“ wurde reparatur unterzogen.

Mit dem Todestage. Aus Rottbus wird gemeldet: In dem verstorbenen Otto Schabus wurde der Kopf durch einen Schuss mit einem Holzstiel erschlagen. Die Leiche wurde beiseite und haben bereits ein Beständnis abgelegt.

Bluttrage im Restaurant. Ein Rastländer Restaurant war Montag Abends der Schauplatz eines blutigen Kampfes. Der 17 Jahre alte Graf Bertrand trat Abends in das Restaurant der Union ein und erlitt dort nach einem kurzen Wortwechsel einen Schlag mit einem Holzstiel, den Oberleutnant Piffen. Der Oberleutnant hatte seit Jahren die Mutter des jungen Grafen in

den. Ein solches Vorgehen brachte, wenn es durch längere Zeit fortgesetzt werde, den Kindern stets schmerzhaftes Stichtum ein. Auch eine über den sechsten Lebensmonat fortgesetzte ausschließliche Ernährung mit großen Mengen von Kuhmilch findet der Vortragende nicht vorteilhaft und empfiehlt daher vom Beginn des zweiten Halbjahres die Zufütterung einer Essensmahlzeit. Dem gleichen Verlauf der künstlichen Ernährung stellen sich zahlreiche irritierende Erscheinungen des Publikums hemmend entgegen, insbesondere stielte hierbei das Märdchen von den Zahnanstalten eine verhängnisvolle Rolle.

Für ein krankes Kind Ernährungsvorschriften zu geben, ist unmöglich; feststehend ist nur der Satz, daß beim Beginn einer Ernährungsstörung sofort die Nahrung abgesetzt und so lange ein beliebiger Tee gereicht werde, bis ärztlicher Rat das weitere Vorgehen bestimmen könnte.

Auch in den Schlupfwörtern erwähnt der Vortragende die Vorteile der natürlichen Ernährung und betont ausdrücklich, daß es auch in der von ihm erläuterten Säuglingsernährung nicht die Aufgabe für seine erste und vornehmste Pflicht ansehe, so viele Frauen als irgend möglich vom Stillen abzuhalten oder, wenn dies schon geschehen sei, wenigstens das Stillen für den Fall der Geburt eines weiteren Kindes zu erschweren. Für den Erfolg der Säuglingsfürsorge bei künstlich ernährten Säuglingen ist erforderlich, daß die Kinder möglichst bald nach der Geburt einer zweckmäßigen und zuverlässigen Ernährung zugeführt werden. Sollten sich die Erfolge der Vororgebestrebungen in der Sterblichkeitsziffer einer Stadt (Breslau) mit 150) jährlich geborenen Säuglingen bemerkbar machen, so dürften sich unsere Bemühungen natürlich nicht nur auf wenige hundert Kinder erstrecken.

Der nächste Vortrag findet den 7. März, Abends 7 Uhr, statt und wird Herr Dr. med. Eckhardt über „Ernährung und Lebensweise des Kindes jenseits des Säuglingsalters“ und am 28. März Herr Dr. med. Freund über „Hygienische Säuglingsfürsorge mit Berücksichtigung der Breslauer Verhältnisse“ berichten.

Einzeltickets a 75 Pfg. bei J. Eathauer, Schweibitnerstraße 52 und Abends an der Kasse.

* **Trotz will sie auf einmal nichts gesagt** — Sie ehr- und tugendhafte „Bresl. Ztg.“. Auf unsere altenmännlichen Beweise, daß sie geschwindelt, antwortet sie mit einigen salbungsvollen Spitzfindigkeiten und der faulen Ausrede: Sie hätte ja garnichts gesagt!

Wir haben lebhaft eine Taktache wiedergegeben, die sich auf der fleißiger Volkzeit abgelehnt hat, und diese Taktache bleibt bestehen. Wir haben es nicht nötig, was den Kopf der Genossen darüber zu zerbrechen, und aus welchen Gründen ihre Antezedensorganisation schlecht funktioniert hat.

Wenn die „Breslauer Zeitung“ wirklich vergessen haben sollte, daß sie vor kaum 8 Tagen behauptet hat, der Bildhauer K. sei aufs Pfaster geworfen, habe nur 2 Mf. erhalten und sei um seine bei der Gewerkschaft erworbenen Rechte geprellt worden, so ist das sehr bedauerlich. Aber Redakteure mit derart kurzem Gedächtnis sollten ihr Handwerk an den Nagel hängen und lieber preußischer Professor werden. Da richten sie nicht soviel Schaden an, als wenn sie öffentliche Meinung markieren.

* **Die Wahl in Arietern.** Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl, an der sich unsere Genossen diesmal recht zahlreich beteiligten, wurden nur in der ersten und zweiten Klasse je ein Vertreter gewählt. Unsere Genossen, die keine Willen besitzen, wählten nur in der dritten Klasse, in der sie mit dem konterreparativen Kandidaten Vordirektor a. D. Barilewski und dem bisherigen freisinnigen Vertreter Tiefbautechniker Hartkopf um den Sieg rangen. Von 93 abgegebenen Stimmen erhielt Barilewski 41, Hartkopf 14 und unser Genosse Kohrleger Karl Schwarz 38 Stimmen. Es ist also eine Stichwahl nötig. Auf Antrag des Genossen Georg Stowig beschloß der Wahlvorstand, dem auch unser Genosse Robert Stowig angehörte, daß die Stichwahl Donnerstag, den 12. d. M., Abends 6 1/2 Uhr, stattfinden soll. Damit ist allen Arbeitern Arieterns Gelegenheit gegeben, an der Wahl teilzunehmen. Auf den frühen Zeitpunkt der Wahl (um 5 Uhr) war es wohl zurückzuführen, daß diesmal so viele Arbeiter fehlten, während unsere Gegner ziemlich vollständig erschienen waren. Genossen! Nur wenige Stimmen fehlten uns zu unserem Siege. Die müssen zur Stichwahl herangeholt werden. Wenn von den fehlenden 40 bis 50 Arbeitern nur ein Teil zur Wahl kommt, ist der Sieg unser.

* **Das Arbeiter-Sekretariat in Breslau** ist im Monat Februar 1908 von 878 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besucher 758, wiederholt erscheinende 120, im ganzen wurden in 933 Fällen Auskünfte erteilt.

Von den 878 Personen waren männlich 736, weiblich 142, organisiert 733, Ehefrauen Organisierten 64, Organisationsunfähige 81, wohnhaft in Breslau 791, auswärtig 87.

Von den obenangegebenen Fällen wurden erledigt mündlich 699, schriftlich 234. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 246.

* **Infolge des großen Andrangs zu den „Teil“-Auführungen** in den Volksvorstellungen des Sozialdemokratischen Vereins findet eine dritte „Teil“-Auführung am Sonntag, den 22. März, im Thalia-Theater, statt. Die Billets werden von Donnerstag ab täglich in der Expedition der „Volkswacht“ ausgegeben.

* **Ueber die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** hielt am 29. Februar im Kurienaal des Rathauses Medizinrat Dr. Schneider einen Vortrag. Der Vortragende gab zunächst einen Überblick über die Verhältnisse der Prostitutionsüberwachung in den außerdeutschen Ländern Europas. Darnach herrscht das System der Abolitionisten, das heißt derjenigen, welche für die Abschaffung jeder geschlechtlichen Überwachung der Prostitution sind, in England, Norwegen und Teilen der Schweiz, während in den übrigen Staaten die Reglementierung, das heißt die Unterstellung der Prostituierten unter arbeitsgesetzliche Überwachung, in sehr verschiedener Weise durchgeführt ist.

Sodann bezieht der Vortragende eingehend das bänische Gesetz vom 30. März 1906, dessen Hauptpunkte folgende sind: Aufhebung der Polizeiaufsicht über die gewerbsmäßige Unzucht, alleinige Anwendbarkeit des Gesetzes über die Landstreicherei auf die Prostituierten, Aufhebung der Vorbelle, strenge Verfolgung der Erregung öffentlichen Vergnügens oder Befähigung der Nachbarschaft durch die Unzucht, Verbot der Wohnungszupfpiel, Verbot der öffentlichen Anpreisung von Empfindungs verdächtigem Mitteln, Schadenersatzpflicht bei geschlechtlicher Ansteckung, Bekämpfung der Ansteckung von Ehegatten, Säuglingen oder Ammen mit Geschlechtskrankheiten, Verpflichtung der Geschlechtskranken (Männer wie Frauen), sich ärztlich behandeln und beobachtet zu lassen, eventuelle Krankenhauszwang, Unfassende Fürsorge für ärztliche Behandlung ohne Krankenzustimmung, Verpflichtung der Ärzte zur Behandlung der Geschlechtskranken und zur Berichterstattung über gewisse Punkte. Schließlich er-

örtert der Vortragende inwieweit sich die einzelnen Bestimmungen des bänischen Gesetzes zur Einführung in Deutschland empfehlen würden, und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in Betracht des abolitionistischen Standpunktes des Gesetzes und der Verlebensartigkeit der bänischen und deutschen Verhältnisse sich nur sehr wenig von den bänischen Gesetzesbestimmungen zur Einführung bei uns eignet.

* **Eine Aenderung der Breslauer Frauen-Ausbe-leuchtung** wurde in der gestrigen Sitzung des Staats-Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und eine erste Rate von 62.000 Mf. für diesen Zweck bewilligt. Den Erfolg der bisherigen Elektrizitätsbeleuchtung, die sich nicht bewährt hat, soll jedoch nicht durch Gas erfolgen, wie es Betriebsdeputation und Magistrat vorgeschlagen hatten, sondern durch elektrische Glühlampenbeleuchtung. Dieser Entschluß wurde nach einem langen Kampf gefaßt, in welchem die beiden konkurrierenden Beleuchtungsarten ihre eifrigen Vertreter fanden, das Gas aber schließlich unterlag.

Bei der Beratung des Etats für den nächsten Hofen konnte der Deputierte mitteilen, daß sich das Betriebsergebnis um 50.000 Mf. besser stellt, als es bei der Aufstellung des Etats Ende September vorigen Jahres angenommen werden konnte. Der Zuschuß der Stadt wird sich um diese Summe vermindern.

* **Wenns am Fastnacht stürmt und schneit, ist der Frühling nicht mehr weit.** Schöne Aussichten eröffnen sich uns also, falls die alte Bauernregel sich bewahrheiten sollte. Die ganze vergangene Nacht hindurch wirbelten die Massen herüber und erzeuerten im Freien fast höchsten Schnee. Die langen Reihen der Strauchbäume, wie Baum und Strauch in unseren Anlagen boten demselben ihren schneebedeckten Ästen und Zweigen einen märchenhaft schönen Anblick. Aber es wird hohe Zeit, daß der Himmel damit aufhört, uns solche Aussichten auf den nahen Frühling herunter zu schicken, denn sonst wird allmählich der Schnee garbier als die freudige Habreite unter der Schneelast gefürchte Aeste und Zweige wird schon jetzt der Frühling nicht mehr zum Grünen bringen können. Auch an den Telefonanlagen hat der starke Schneefall bereits Schaden angerichtet. An mehreren Stellen sind Drähte gerissen. Einen kühnen Anblick genossen die Frühjahrsfreier heute, als sie sahen, wie die ersten Wagen der elektrischen Straßenbahn den Kampf mit dem weißbraunen Mann in den Straßen aufzunehmen begannen. Ziel mehr wie sonst war Stromverbrauch notwendig und die Verführung der vollgestellten Kontaktkontakte mit den Drähten erzeugte ein Meer von sprühenden Funken, die mit den durch die Luft gezogenen weißen Schneelinien einen einzigartigen Kontrast hervorriefen. Hinter den Wagen gab es dann infolge der Entschütterung der Drähte einen lustigen „Schneeherabfall“, der die Romantik der Straße wesentlich erhöhte. — Aber bald war sie verkommen und übrig blieb ein häßlich graubrauner Schmutz, der das Leben von der Straße verbannt und Mensch und Tier nach Kräften quälte. Deshalb wünschen wir, daß der Himmel die in obiger Bauernregel ausgesprochenen schönen Aussichten bald zur Wahrheit werden und die Sonne strahlen läßt. Wie amtlich gemeldet wird, ist heute früh der Fernverkehr Verkehr nach Polen, Magdeburg, Leipzig und Dresden vollständig unterbrochen worden.

* **Ein heimliches Gastspiel** gab es am gestrigen Fastnacht-Dienstag im Stadttheater anläßlich der Aufführung von Nikolaus Komiker Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“. Unsere Kolportagefrau Frau Mac Grew war plötzlich krank geworden und so mußte für sie telegraphisch Ersatz herbeigeschafft werden. Im letzten Augenblicke sprang dann Fräulein Hedwig Schröder aus Berlin ein, die kaum noch Zeit fand, eine Probe mitzumachen und sozialem aus dem Bühnenwagen auf die Bühne springen mußte. Da Frau Mac Grews herrliche Stimme die Breslauer ziemlich verwöhnt hat, sah man in der gestrigen Vorstellung dem Gastspiel mit hanger Verlangen entgegen. Allein die Bestrebungen waren verfehlt. Fräulein Schröder sang die Rolle der schelmischen Frau Plüsch mit guter, angenehmer Stimme, die in allen Tönen bis auf ertliche kleine Mängel tonrein heraussprach und namentlich die garten Triller mühelos bewältigte. Erhöht wurde der Genuß, sie zu hören, durch eine ebenso reine wie laute und deutliche Aussprache und durch ihr geistlich und sicheres Spiel. Und noch ein „Gastspiel“ gab es: An Stelle des Herrn Schauer sang Herr Wittkopf den Fastnacht. Zwar nicht so lustig wie dieser, aber mit seinem prächtigen Bariton legte er sich spielend leicht durch und konnte mit den übrigen Damen Weiß und Weiß und den Herren Sievert und Oberwald wiederholt für starken Beifall dankend vor die Rampe treten.

* **Dann Gürtler, „der letzte der Romantiker“, „Der König der Boheme“**, hat seinen Weg wieder auf einige Zeit nach Breslau gefunden, und er ist dieses Mal von allen Seiten trotz Empfangen worden. Der wilde, ungeheime Mann, der durch sein phantastisches Betragen noch vor kurzer Zeit häuften Mißbehagen erregte, wird sich annehmlich und erwidert Verzeihen. Und das alles, weil Gürtler jetzt zu denken gibt, weil aus der Mehrzahl seiner Vorträge heilig und inbrünstig der Drang nach Wahrheit und Freiheit klingt. Sein Lied gilt in diesem Kampfe der Gerechtigkeit, die jedermann widerfahren soll, dem Armen wie dem Reichen. Denn nicht in äußerem Glanze oder bitterer, materieller Armut liegt einig und allein Glück oder Unglück. Das Herdovollere, sich überheblichen, Schreie in seinem Wesen, wird vielleicht als falsches Pathos ausgeleitet; aber die Seele, die immer hindurchschleudert, ist wahr, denn sonst könnte nicht alles so sehr auf einen wirken, wie es der Fall ist. Seine nach Herrschaft verlangende Sprache ist der Ausdruck einer stark angedrängten, selbstbenutzenden Persönlichkeit. Wer diese Fronte empfindet, die gerade in dieser Sprache liegt, wird sich nicht verlegt fühlen. Der wird auch die leise Selbstironie aus seinen Worten heraushören, wenn er bei einzelnen seiner Schöpferungen fragt, ob Goethe oder Schiller Gleiches geschaffen haben. Gürtler ist kein Künstler, aus seinen Worten spricht nicht deren Abgeschlossenheit. Es ist ein unruhiger Geist, dessen vielseitiges Können in den bizarren Formen sich äußert. Aber die Hauptsache ist schließlich die, er will so auf das Publikum, wie er will, und das Publikum ist ihm zufrieden. Gürtlers Vorträge, die sehr aus dem Rahmen des Vortragsprogramms herausstehen, bilden das Markanteste des neuen Jahresprogramms und erzielen ein Interesse, das annehmlich nur noch Richard Habermann mit seiner Hauptgruppe erreicht. Diese Darbietungen sind gerade nicht geeignet, auf empfindsame Menschen angenehm zu wirken, aber sie geben ein lebhaftes Bild von einer geradezu ungläublichen Energie des genannten Vortragenden. — Das übrige Programm, von dem besonders Witz, Witz, Produktion am Vertikale, Ritz West, eine ferne Souveräne, The two Pills, komische Altsatzen, der gute Humorist James Balch, 3 Silbersterne, gymnastische Vorposten und schließlich Payne und Omar, glänzende arabische Tourbillon-tänzer, genannt seien, entspricht den gewohnt guten Qualitäten des Victoria-Theaters.

* **Georg Brandes in Breslau.** Die freie literarische Vereinigung hat sich das Verdienst erworben, dem literarischen Breslau die Bekanntschaft mit Georg Brandes, dem gefühlvollen bänischen Literariker, vermittelt zu haben. Am Montag erhellte der weit über sein Vaterland hinaus bekannte und geschätzte Meister der Kritik im Saale der Gesellschaft der Freunde um einen Vortrag über Rousseau gegenüber Voltaire zu halten. Es ist immer eine kleine Sensation, einen berühmten Mann mit eigenen Ohren hören und mit eigenen Augen sehen zu dürfen. Aber dies in der menschlichen Neugierde begründeten Neugiergefühle schweigen sehr bald, wenn Georg Brandes zu sprechen anfängt. Nur ein Hauptgefühl bleibt: hier steht ein Mann von ungestörter Geistesfreiheit ein feiner Kopf, der die Gedanken und Worte wie Rebellen trägt und den Hörer unwiderstehlich in seinen Bann zieht. Nicht daß dieser 66 jährige Mann mit dem kühn geschätzten grauen Haar, mit dem fast lässlichen Voltaire-Baum um die Lippen und dem dialektischen Deutsch ein glänzender Sprecher wäre. Aber mit seiner jugendlichen Leidenschaftlichkeit und seinem kampftüchtigen Temperament, diesen erstaunlichen Umfang seiner Kenntnisse, die sich zu den geschlossenen seinen Urteilen verdichten und in ihrer glänzenden

Ausführung ausdrücken, steht er hin. An Georg Brandes bewundert sich der Herrsche Glaubenssatz, daß auch der gemalte Aristokrat ein Schaffensselbst ist. Georg Brandes ist in allen seinen kritischen Werken ein schäferischer Interpret gewesen. Man sieht sich nur sein Hauptwerk: Die Hauptleistungen der Literatur des 19. Jahrhunderts an. Wie macht es die relativ ruhende Schulfiktion auszuhandeln und wie hat es durch seine lebendige Methode der Vergleichung und der Durchforschung der Zusammenhänge die gesamte moderne Kritik betruht! Freilich, der wenig akademische und sehr freie Geist Brandes hat ihm auch eine ganze Reihe Widersacher gebracht und diese mit Scheuklappen versehenen Autoritätsklaubigen werden wohl auch über seinen Vortrag über Rousseau und Voltaire einen ganzen Sad voll Einwürfe auszuschütten haben. Vor allem hat man Brandes vorgeworfen, daß er in seiner Methode die Privatbestimmtheite seiner Objekte zu sehr ausschmückte, gewissermaßen statt in ihre Werte mehr in ihre Schattenseite und in ihre Kosmoside. So könnte man auch sagen, daß er bei seiner Beurteilung über Voltaire und Rousseau eigentlich nur interessante Privatgeschichten aus dem Leben der beiden hervorgezogen habe. Und doch hat er dabei die geistige Psychonomie beider schlechter umrissen gezeichnet, als irgendeine langweilige objektive Literaturgeschichte. Brandes schilderte in glänzender Beleuchtung die unüberwindliche Kluft zwischen Voltaire und Rousseau, die sich in förmlicher Feindschaft auswuchs. Rousseau, der Vertreter der Naturreligion, fand keine inneren Beziehungen zu Voltaire, dem eleganten Böhling der philosophischen Salons. Rousseau, der Energische ohne Willen“, mit den halbwaren Worten, dessen Sprengstoff das Gefühl war, fühlte kein ganes Evangelium bedroht durch die zerlegende Verstandesherrschaft Voltaires. Und so kam es zwischen beiden zu fortwährenden, höchst unruhigen Feinden, bei denen in den von Brandes mit Dokumenten belegten Ausführungen Rousseau als der feindlichere Charakter hervortrat. Begreiflich, daß der gute Jean Jacques Georg Brandes weniger imponiert als Voltaire, der ihm verdante Geist. Das zahlreich erschienene Publikum folgte dem von Charme und Satire altherbunden Vortrag höchst angeregt und spendete begeisterten Beifall.

* **Was wird teuer** — Für die Oberfährt am Zoologischen Garten ist von der Oberkronbauverwaltung ein neuer Tarif festgesetzt worden. Danach kostet seit dem 1. März das Ueberfahren ohne Rücksicht auf den Wasserstand für jede erwachsene Person einschließlich der Traglast 5 Pfg., für jedes Kind unter 12 Jahren 3 Pfg., Kinder unter 2 Jahren sind abgabenfrei. Für Kinderwagen und Kinderwagen sind 5 Pfg. anzurechnen. Der Eisübergang kostet für Erwachsene 8 Pfg., für Kinder 3 Pfg., für Kinderwagen und Kinderwagen 3 Pfg. Nach dem bisher geltenden Tarif waren für die Ueberfahrt zu entrichten für Erwachsene 8 Pfg. und für Kinder 2 Pfg., nur bei Hochwasser erhöhte sich der Preis auf 5 Pfg. bzw. 3 Pfg.

* **Die Krankenversicherung für Heimarbeiter.** Der Schneiderverband hielt am Dienstag Abend eine Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Obel über die Krankenversicherungspflicht der Heimarbeiter, wie sie in Breslau nun am 1. April durch Ortstatut zur Einführung gelangt, referierte. Er gedachte dabei insbesondere auch des verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Sonntag, der im Jahre 1904 eine Denkschrift über die Frage der Heimarbeiter-Versicherung ausarbeitete. Nachdem Redner die Kampf, die dann weiter im Stadtparlament am Erlaß des Ortstatuts geführt werden mußten, geschildert und dessen einzelne Bestimmungen kritisiert hatte, kam er zum Schluß auf die Möglichkeit zu sprechen, daß die Unternehmer die ihnen durch das Ortstatut auferlegten Kosten durch Lohnkürzungen von sich abzumwälzen versuchen werden. Die Arbeiter müssen auf dem Posten sein, um Ähnliches zu verhindern. Dem Vortrage folgte eine längere Diskussion. Es wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um auf diesem Wege einen größeren Kollegenkreis mit den Bestimmungen des neuen Ortstatuts vertraut zu machen.

Wichtig für alle, die verreisen. Zum Sommerfahrplan teilt die Eisenbahndirektion Breslau mit, daß in zeitweiliger Berücksichtigung der geäußerten Wünsche nachstehende Zugveränderungen bezw. Zugleistungen ab 1. Mai dieses Jahres eintreten werden:

- a) **Strecke Breslau - Ratteln.** Zug 424 (gegenwärtig Brodau ab 12 Uhr Mittags) wird je gelegt werden, doch er Anschluß an Zug 14 in Breslau erhält. Der für den Barotverkehr bisher gelieferte Zug 320 (Brodau ab 11 Uhr 48 Min. Nachts) wird für diesen Verkehr freigegeben.
- b) **Strecke Breslau - Liegnitz.** Zug 443 (Liegnitz ab 8 Uhr 18 Min. Abends) wird in den Monaten Juni bis August Aufenthalt in Ratzsch erhalten. Zwischen Breslau Ratzsch Bahnhof und Deutsch-Wilfa wird ein neuer Vorortzug - Breslau M. - ab 8 Uhr 40 Min. Abends - und ferner ein neuer Zugpaar - Breslau M. - ab 12 Uhr 30 Min. Nachts bezw. an 1 Uhr 20 Min. Nachts - herbeiführen.
- c) **Strecke Breslau - Strehlen.** Sonntags-Sonderzug 1152 (Breslau Hauptbahnhof ab 10 Uhr 49 Min. Nachts) erhält in Ratzsch Aufenthalt. Zug 518 (Breslau Hauptbf. ab 12 Uhr 18 Min. Nachts) wird um rund eine halbe Stunde später gelegt.
- d) **Strecke Breslau - Freiburger Bahnhof - Steinau a. S.** Zug 652 (Breslau Freiburger Bahnhof ab 1 Uhr 30 Min. Nachts) wird bis Dohrenfurt durchgeführt und dementsprechend wird Zug 653 (Breslau Freiburger Bahnhof ab 1 Uhr 18 Min. Nachts) dort beagnen.
- e) **Strecke Breslau - Odestorf - Bahnhof - Sundeles - Trebnitz.** Die Schülereise 1021/22 (Breslau Odestorf-Bahnhof ab 12 Uhr 25 Min. bezw. an 1 Uhr Nachts) werden wieder wie im Vorjahre eingeleit. Zug 472 (Trebnitz zur Zeit ab 4 Uhr 45 Min. Morgens) wird so gelegt, daß er bereits 5 Uhr 30 Min. Morgens in Breslau Odestorf-Bahnhof eintrifft und durch Zug 342 nach Breslau Hauptbf. Anschluß an Zug 6 nach Berlin und Zug 126 nach Stritz und Halle erhält. Zug 473 (Breslau Odestorf-Bahnhof ab 10 Uhr Vorm.) wird 43 Minuten später gelegt werden.
- f) **Strecke Breslau - Hauptbahnhof - Soboten.** In den Monaten Juni, Juli und August werden die Züge Nr. 1005 (Breslau Hauptbahnhof ab 1 Uhr 18 Min. Nachts) und Nr. 1104 (Ströbel ab 5 Uhr Abends) auch Mittwochs verkehren.

* **Interessante Vorträge.** Im Verein Frauenwohl spricht am Donnerstag Abend 8 Uhr im Magdalenen-Symphonien-Fran Genriele Frick aus Frankfurt a. M. über „Teneranz und Frauenrecht“. Eintritt 50 Pfg.

* **Der Literarische Verein** macht bekannt: Der fünfte große Vortragabend dieser Saison findet am Sonntag, 16. März, im Saale der Vestingloge statt. Am Vortragspunkt erhebt sich das Jalle aus Hamburg, einer der bedeutendsten Lyriker Deutschlands, um eine Dichtungslinien und epischen Charakter vorzutragen. Der Vorverkauf von Einlaßkarten für den Abend hat soeben bei Zuluss einmüde begonnen.

Feiner spricht am Freitag, den 13. März, Abends 8 Uhr im Saale der Vestingloge über „Ultramontheismus der Neuen Weise Graf von Senebrot über „Ultramontheismus und Kultur“. Billets zu 3, 2 und 1 Mf. an den bekannten Stellen.

* **Einge, wenn Gesang gegeben!** Mit diesen Worten treten die Sänger nochmals an unsere Leserinnen heran, um himmelstrebende Frauen und Mädchen zu werden, die gewillt sind, dem Gesangsverein beizutreten. Die Dreiergruppe „Breslau“ des Schlesischen Arbeiter-Sängerbundes hat es sich zur Pflicht gemacht, einen Frauen- und Mädchenchor zu gründen und unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten zu einem leistungsfähigen Verein zu gestalten. Es werden deshalb alle Frauen und Mädchen, die Gesang lieben, ersucht, zur Gründung eines Vereins am Sonntag, den 8. März, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Schmiedebrücke 44 bei Brückner (zwei Polster) zu erscheinen.

* **Fundstücken-Versteigerung.** Am Dienstag fand im Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes eine Versteigerung der eingekauften und nicht zurückgelangten Fundstücke und Fundgegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung statt.

Wengler, Erdbeer und private Kaufmännige hatten sich eingeladen und hielten auf die meist zahlreich erschienenen, neuen oder noch gut erhaltenen Fundstücke, als Schuhe, Stühle, Öle, Käse, Felle, Decken etc., was eben die Wessenden so liegen lassen auf der Eisenbahn. Die Nation brachte guten Ertrag, das Fundbüro ist ein interessanter Raum, in dem prächtigste Ordnung herrscht. In vielen hohen Regalen liegen die Fundstücke hübsch sortiert, sauber geordnet, ein halbes Jahr, nach welcher Zeit sie veräußert werden. Vor mancher fand dort an solchen Tagen gut und billig ein.

Unfälle. In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurden schwer verletzt eingeliefert: Ein Knabe aus Oppeln, der durch Ausgleiten beim Aussteigen vom Frachtwagen gefallen war und über die Brust und den Rücken gefallen wurde; ein Schlosser von hier, der auf der Obdauener Chaussee in der Nacht nach einem Wortstreit von Unbekannten in den linken Oberarm geschossen wurde; ein Knabe aus Reichen, der im Stall hingelassen wurde und schwere Kopfverletzungen erlitt; ein Schüler aus Dörsch, der von einem anderen mit einem Schlagstein unter das linke Auge geschlagen war.

Diebstahl. Aus einer Haube bei Krieten wurden 4 Liter Branntwein und eine Röhre mit Bier gestohlen. — Aus einer Wohnung auf der Mühlbühlstraße wurde ein schwarzes Luchsfell im Wert von 80 Mk. gestohlen.

Mit Beschlag belegt wurde ein Balken Lumpen, (neue Schneiderabfälle) im Gewicht von 18 Kilogramm. Diese Lumpen hatte am 27. v. M. ein Knabe in ein Produktengeschäft am Brigittenhof gebracht. Da dem Händler der Knabe vertrauenswürdig erschien, sagte er ihm, seine Mutter möchte selbst kommen. Es hat sich aber niemand blicken lassen.

Balkenbrand. Am 2. v. M. Vormittags kam in einer Wohnung Sadomatstraße 20 ein Balkenbrand zum Ausbruch, den die Feuerwehr in kurzer Zeit löschte.

Aus Schlesien und Posen.

Rittergutsbesitzer Duehl in Gutsan.

Preis Glogau, der nebenbei Hauptmann und konserverativer Landtagsabgeordneter ist, hat schon wiederholt die Spalten unseres Blattes geziert, ohne daß dieser „starke Mann“ sich daraus etwas gemacht hätte. Herr Duehl ist unermüdlich tätig, seine „Arbeitsfreudigkeit“ vor aller Welt zu zeigen. Wir haben bereits früher über den Herrn Duehl charakterisierenden Fall berichtet, dessen wir aber noch einmal erwähnen wollen, weil inzwischen mehrere Gerichte zu Gunsten dieses Arbeiterfreundes entschieden haben.

Herr Duehl, so berichtet man dem „Berliner Tageblatt“, hatte am 1. Oktober 1907 den Gärtner Poltha als Waldbewarter zur Anlage von Kulturen und Anpflanzungen im Walde gegen das fürliche Gehalt von 300 Mark jährlich und etwas Deputat angestellt. Für diese 300 Mark verlangte Herr Duehl ausgesetzte Arbeit und vor allem „unbedingten Gehorsam gegen seine Befehle“. — An einem rauhen Wintermorgen Ende Oktober hatte Poltha von früh 5 Uhr an ununterbrochen im Walde gearbeitet. Zu seinen Arbeiten gehörte es eines Messers, das er sich von einer ganz in der Nähe beschäftigten Arbeiterin geliehen hatte. Er wollte ihr um das Messer zurückbringen. Doch das verweigerte ihm Herr Duehl, weil die Arbeit nicht unterbrochen werden dürfe. Fesslungsgeacht gab Poltha der Frau das Messer zurück, weil inzwischen sie selbst dessen bedürfte und arbeitete dann, nach kaum einer Minute, sofort weiter. Sollte schon dieses Verhalten den Jörn des Gutsbesizers erregt, so schloß dieser noch mehr an, als nach einiger Zeit der Wagen des Arbeiters sein Recht auf Abzug verlor. Poltha hatte schon mehrere Stunden bei Wind und Wetter gearbeitet, ohne auch nur einen Bissen gegessen oder getrunken zu haben. Er wollte daher etwas frühstücken, da er es nicht mehr länger aushalten konnte. Dem widersetzte sich aber Herr Duehl auf das Entschiedenste. Der menschlichkeitsvolle Abgeordnete meinte, daß eine Frühstückspause im Anstellungsvertrage nicht ausgeschlossen sei, und forderte energisch, daß die Arbeit nicht unterbrochen werde; dennoch ging Poltha seiner Ehefrau, die ihm das Frühstück zu bringen pflegte, entgegen und nahm das Frühstück ein, um nach etwa zehn Minuten die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Herr Abgeordnete erblickte in dieser Handlungsweise „einen hartnäckigen Ungehorsam gegen seine Befehle“. Und hatte er dem armen Arbeiter vorher das einfache Menschenrecht, das Recht auf Nahrung verweigert, so machte er ihn jetzt völlig brotlos, indem er ihn auf der Stelle entließ, weil er seinen Anordnungen nicht nachgekommen sei.

Aber damit nicht genug! Der Herr Abgeordnete stellte auch noch gegen den alten Mann Strafantrag auf Grund des § 1 des preussischen Gesetzes vom 24. April 1854, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gefolges und der ländlichen Arbeiter! Und es fanden sich auch wirklich zwei Instanzen, die, obwohl der oben mitgeteilte Tatbestand als richtig erwiesen wurde, den Mann zu zehn Mark Geldstrafe verurteilten. In der Berufungsverhandlung vor der Glogauer Strafkammer glaubte Herr Duehl noch einen ganz besonderen Trumpf auszuspielen, als er mit Empfindlichkeit betonte, daß dieser Arbeiter sich überhaupt ihm, dem Abgeordneten, gegenüber nicht seiner ganz untergeordneten Stellung gemäß benommen habe.

In der Verhandlung geißelte bereits der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Friedmann das arbeiterfeindliche Verhalten dieses Volksherrschers mit aller Schärfe. — Doch die gewichtigen Bedenken, ob der Angeklagte als gelernter Gärtner, der technische Fertigkeiten auszuüben habe, überhaupt unter das Gefolge und somit unter das schone Gesetz von 1854 gehöre, wurden vom Glogauer Landgericht dadurch erledigt, man könne den Angeklagten zwar nicht gerade zum Gefolge rechnen, aber dennoch finde das Gesetz von 1854 Anwendung!

Wenn dieses Urteil die Billigung des Kammergerichts finden sollte, das der Angeklagte nunmehr anfechten hat, so wäre damit nur erneut bewiesen, was freilich auch sonst kaum mehr bestritten werden kann, daß unser Gefolgsrecht im höchsten Grade der Abschaffung bedürftig ist.

Der Bruderhuh?

Die vom Gleiwitzer Intelligenzblatt gebrachte Meldung betreffend die angeblich von den ober-schlesischen Polenführern in einer geheimen Konferenz festgestellten Grundzüge für die Landtagswahlen, wird von der „Schlesischen Volkszeitung“ bemerkt. Die „Oppolner Nachrichten“ bemerken noch, daß der polnische Parteiführer viel daran liege, im Wahlkreis Oppeln ein Zusammengehen mit der Zentrumspartei für die bevorstehenden Landtagswahlen herbeizuführen. Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten in Stadt und Land Oppeln sei in diesem Sinne tätig. Wir sind neugierig, was da werden wird.

Ströbel, 3. März. Unbegreifliche Schwierigkeiten wurden wiederholt der hiesigen Zählstelle der Stenographen gemacht, als sie eine Stimmzettelverteilung wollten. Amtsvorsteher und Landrat huldigten der Ansicht, daß derartige Schwierigkeiten vermieden werden müßten, auch wenn es sich um eine geschlossene Gesellschaft handle. Das Jobstener Amtsvorsteher hat aber auf erheblichen Widerspruch, daß sich der Beamtenleiter seiner Unberechnung schuldig gemacht habe, als er das Fest dennoch stattfinden ließ. Die Stenographen werden jetzt hoffentlich von weiteren Hindernissen verschont bleiben.

Siebersberg, 3. März. Göttliche Weltordnung. Eine Frau, die Mutter von acht Kindern ist, wurde zu fünf Tagen Haft verurteilt. Die Frau war angefallen, ihre Kinder betteln zu lassen, obwohl sie dies unter Tausend verbot. Der Richter der Anklage beantragte 10 Tage Haft, weil sie unzureichend auf ihre Kinder vom Betteln abgehalten, was nach dem Gesetz strafbar ist. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie etwas davon mitzubringen habe, verzweifelte die Frau und bat um Freisprechung.

Wenn sie nicht doch nicht, was aus ihren Kindern werden sollte, wenn sie eingekerkert würde. Darauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und beurteilte dann die Frau unter Annahme mildernder Umstände zu fünf Tagen Haft.

Das ist absolut unverständlich, wie man die arme Frau, die ihre Kinder nicht hungern lassen wollte, ins Gefängnis sperren kann. Rothenburg O., 4. März. Ueberrascht auf einen Breitzträger. Der in Jankendorf, hiesigen Kreis, stationierte Breitzträger wurde Abends in der Zeit von 6—7 Uhr, als er von seinem Dienstpaar aus Döblich zurückkehrte, im Walde am Butterberge von zwei Männern angefallen, durch Schläge niedergeworfen und beraubt. Die Straßenträger entziffen dem Breitzträger ein Soldatenpalet, den Dolchtafelbeutel, und raubten schließlich den vorhandenen Markensbestand. Der Breitzträger wurde benutzlos aufgefunden, doch dürften die ersten Verlegungen sein Leben nicht gefährden. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen konnten zur Festnahme der Mörder noch nicht führen.

Proslan, 4. März. Attentat auf einen Seminaradministrator. Vorige Woche fand auf dem hiesigen Lehrerseminar die Abiturientenprüfung statt. Von 33 Seminaristen befanden 27 bei der Examen. Der Examenstag fand ein unerfreuliches Abstrich, da gegen den Seminaradministrator Robert ein Anschlag verübt worden ist. Nach einem Zimmer seiner Wohnung, in dem er sich gerade aufhielt, ist ein Schuß abgegeben worden, der glücklicherweise nur eine Fenster Scheibe zertrümmerte. Ob dieser Anschlag von einem durchgefallenen Prüfling ausgeführt wurde, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Glogau, 4. März. An Gasvergiftung gestorben ist hier der Opfer Karl Lehmer. Er hat in der Küche übernachtet. Dabei war der von der Gasleitung zum Gasrohr führende Gummianschlag gerissen und das Gas konnte ungehindert austreten. Lehmer wurde früh um 6 Uhr von seinen Angehörigen bemerkt und aufgefunden. Doch sofort angestellter Wiederbelebungsversuche durch den Oberstabsarzt Dr. Vogt gelang es nicht, den Verunglückten ins Leben zurückzurufen. Der Verstorbene war 38 Jahre alt und Vater mehrerer Kinder. — Wegen Totschlags ist der 27jährige Steinmetz Paul Schramm aus Schläbitz hiesigen Kreis am 15. Januar 1906 vom hiesigen Schwurgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Schramm stand im Verdacht, die Dienstmagd Vertha Illmann, mit der er ein Verhältnis unterhalten hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war, ermordet und die Leiche mit einem Strohhocker zusammen verbrannt zu haben. Nachdem Schramm jetzt zwei Jahre seiner Strafe verbüßt hat, ist das Wiederannahmeverfahren durchgesetzt worden. Die Angelegenheit dürfte aber am 16. März beginnenden Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung kommen.

Waldenburg, 3. März. Ein klassisches Beispiel für die Koalition der Unternehmer und der Staatsgewalt bietet ein Fall, der sich auf der Glashütte der Firma Weisbach u. Zimmer in Weißflein spielte. Die Stüttenverwaltung hatte eine Anzahl russischer Glasarbeiter unter dem Verbrechen angeordnet, daß sie neben gutem Lohn und freier Wohnung erhielten. Angekommen, fanden die Glasarbeiter statt der erwarteten Wohnung ein Loch von 4 Meter Länge und 3 Meter Breite, in dem sie hängen sollten. In der Hoffnung, daß die Firma später für größere Wohnungen sorgen würde, zogen die Leute ein. Einer der Arbeiter hat 5 Kinder, die nacheinander krank wurden — was wohl bei derartigen „Wohnungs“zuständen nicht wunder nimmt. Als die Arbeiter merkten, daß sie sich hatten täuschen lassen, kündigten sie die Arbeit, um auf ihren früheren Platz in Dresden zurückzukehren. Das konnten sie aber nicht, die Stüttenverwaltung hatte ihnen neben den anderen Papieren auch die Pässe abgenommen und weigerte sich, dieselben herauszugeben. Die Russen taten nichts als zu weinern! Die Russen taten was man in einem Rechtsstaat wie Preußen zuerst tun muß: sie gingen zur Polizei und führten dort Beschwerden über solche Behandlung. Anfangs zeigte aber auch diese große Lust, die unzufriedenen Proleten einfach auszuweisen. Ob das im Interesse der Glashütten gelegen haben würde, einen ganzen Trupp Arbeiter auf einmal zu verlieren, hat die Polizei gewiß nicht erwohnt, ging aber auf die Beschwerden der Arbeiter schließlich ein und unterzog die „Wohnungen“ einer Besichtigung. Die Folge derselben war eine amtliche Aufforderung an die Stüttenverwaltung, binnen 3 Wochen den Leuten größere Wohnungen zu beschaffen. Von einer Aufforderung, die Pässe und sonstigen Papiere den gekündigten Arbeitern einzuhändigen und sie in Frieden ziehen zu lassen, war keine Rede. Es bleibt also den Russen nichts weiter übrig, als zu kuscheln; wollten sie abziehen, ohne im Besitz ihrer Pässe zu sein, würden sie ohne weiteres ausgewiesen. Es lebe der Unternehmerricht!

Carel, 4. März. Selbstmord. Hier erkrankte sich der Arbeiter O., höchstwahrscheinlich in einem Anfall von Schwermut, war in der Erdmannsdorfer Spinnerei beschäftigt, hatte dort aber am letzten Sonntag freiwillig die Arbeit niedergelegt. Er hinterließ eine Frau und ein Kind.

Reurobe, 4. März. Lebendig verbrannt ist jenseits der Grenze in Schönau bei Brannau ein junger Mann. Dieser nächtigte in einer Scheune und verriegelte die Tür von innen. Nachts um 11 Uhr brach die Scheune in Flammen aus. Der Bekanntheitswert fand nicht mehr den Ausweg und kam so in den Flammen um.

Liegnitz, 4. März. Die Vermögenswachsstener-Vorlage in ihrer erweiterten Fassung ist nunmehr in der letzten Stabsbesprechungsung gegen die Stimmen derjenigen Stabsbesprechenden, die für ihren Besitz eine stärkere Belastung befürchteten, angenommen worden. Die interessierten Grundbesitzer hatten sich vielfach auf die Breslauer Vermögenswachsstener-Vorlage, soweit dieselbe mildere Bestimmungen als die Liegnitzer vorläge; es wurde diesen aber aber entgegengehalten, daß die Preussische Steuerordnung auch die stärkere Vermögenswachsstener-Vorlage hat und daß in Liegnitz die Grundsteuer nach gemeinsamem Wert eingeführt ist, die in Liegnitz feinerer abgelehnt wurde.

Ein reiner Einder. Vor einigen Jahren landbionierte in einem hiesigen Geschäft ein junger Mann, der dann nach der Scheidung ging. Dieser Tage erhielt der Ehe des Geschäftes einen Brief von dem jungen Mann, in welchem dieser ihm gekandt, während seiner hiesigen Tätigkeit einen größeren Selbstbeitrag vereinbart und nicht in die Kasse gelang, sondern in seine Tasche gesteckt und verbrannt zu haben. Er sagte, so meldet das „Preussische Tageblatt“, den Betrag bei und bat um Vergütung, welche ihm auch gewährt wurde.

Reurobe OZ., 3. März. Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Schäfer und Heller Lorenz Seiber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Gebrze, 4. März. Erschlagen. Auf der Admign Luise, wurde der Bauer Josef Schmidt von einem Stempel und der Bauer Rindes von Gefolgsleuten erschlagen.

Rattowitz, 4. März. Seiner Nachmittags 2 Uhr 40 Minuten fuhr der Besondere Nr. 2 an einem auf der Station Sachobnow der Reichsbahn liegenden Güterzug. Beide Lokomotoren wurden zertrümmert, ebenso einige Güter- und Gepäckwagen. Es gibt Tote und Verwundete, deren Zahl aber unbekannt ist.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In der Versammlung des hiesigen Wahlkreises in Schneidemühl wurde an Stelle des Herrn Jindra-Schönlaue, der zum Kandidat als Landtags-Abgeordneter niederkam, Landrat von Riech-Flechte als Kandidat für die bevor-

stehende Landtagswahl aufgestellt. — In dem Hochdorfer Steinbruch, Provinz Polen, wurden neun Arbeiter durch herabfallende Erdmassen verschüttet und zwei Arbeiter getötet.

Aus den Gerichtssälen.

Ein schwerer Einbrecher

Hatte sich vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Unter dem Verdacht, einen Diebstahl verübt zu haben, wurde vor einiger Zeit der Ingenieur und Schriftführer G. in Berlin verhaftet. Gleichzeitig wurde in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Eine kleine hölzerne Kiste ergab die Aufmerksamkeit der Polizei. In Breslau war am 16. Dezember 1906, einem Sonntag, Nachmittags bei einem Kaufmann auf der Albedigerstraße ein Einbruch verübt worden. 390 Mark bares Geld, ein neuer Anzug und eine hölzerne Geldtasche waren mitgenommen worden. Die Ausführung des Diebstahls zeugte von großem Raffinement des Täters und die Polizei vermutete, daß dieser sich wahrscheinlich nicht dauernd in Breslau aufhalte. Aus diesem Grunde war eine genaue Beschreibung des Täters an die Berliner Polizei abgegeben worden. In der Wohnung der Frau des Angeklagten hatte die Berliner Polizei dann auch noch einen Brief gefunden, aus dem hervorging, daß G. am 16. Dezember 1906 in Breslau gewesen war. Die Kiste wurde von dem beschriebenen Kaufmann später als dessen Eigentum wiedererkannt. G. selbst wurde erst in Berlin von der Frau des Beschriebenen, die ihn an dem fraglichen Tage in ihrem Hause gesehen hatte, ebenfalls wiedererkannt. Alles Zeugnisse konnten somit für den Angeklagten keinen Erfolg haben. Da es sich um einen bereits mehrfach mit Zuchthaus bestraften Einbrecher handelte, lautete das Urteil auf fünf Jahre Zuchthaus, Ehrverlust auf gleiche Dauer und Polizeiausschluß.

Jugendliche Brandstifter.

Die Erziehung, die der 17jährige Arbeiter Paul Hoffmann in seinem Elternhaus gehabt hat, scheint eine recht wenig sorgfältige gewesen zu sein. Sein Stiefvater hält ihn sehr für „verdorben“ und der Junge darf in Anwesenheit dieses Vaters die elterliche Wohnung nicht mehr betreten. Am Abend des 10. Januar besand er sich in Abwesenheit des Vaters bei der Mutter und beschäftigte sich mit Zeltungsarbeiten. Als die Lampe zu hell brennen ließ, griff er mit der Mutter, die schlafen wollte, in Streit. Er entfernte sich mit den Worten: „Du wirst vor zwölf Uhr noch aufstehen“, und zündete dem Nachbar einen Strohhocker an. Der Schaden beziffert sich auf 50 bis 60 Mark. Vor Gericht gab der Junge zu, er habe ins Gefängnis kommen wollen, damit er endlich einmal aufgehoben sei. Ueber seine Tat zeigte er nur wenig Reue. Das Urteil der Strafkammer lautete auf die achtjährige Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis. Bisher war der Junge noch nicht vorbestraft, was nicht aber aus ihm werden, wenn er nach einem Jahre das Gefängnis verläßt? Und was hätte wohl aus ihm werden können, wenn er unter anderen Umständen groß geworden wäre?

Hirschberg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Tourenabend, Kappenfest in der Andreusschänke.

den 7. März. Anfang 8 Uhr. Entree Herr mit Dame 40 Pf. Rabbin gratis. Nachreichen Besuch erwartet. [118] Das Komitee.

Telephon 3768. **Café Roland** Telephon 3768.

Vorfstraße 54 und Herderstr. 23.

Morgen Donnerstag, den 5. März 1908: **Grosses Lampen-Fest.**

Montag, den 9. März 1908: **Großes Schlachtfest mit musikalischer Unterhaltung.**

Dienstag, den 10. März 1908: **Gr. Würst-Abendbrot mit musikalischer Unterhaltung.**

Jeden Sonnabend: **Riefeneisbeineffen** Karl Franz und Frau.

teezeit ganz ergebnis einlabet

Gebr. Meister Herren-Kleider-Fabrik
Albrechtsstrasse 40, partorre und I. Etage.
Konfirmanden-Anzüge
Kammgarn- und Cheviot-Qualitäten.
In bekannt guter Ausführung von 7.50—24 Mk.

Bist du am 1. März verzogen?

so antworte, damit in der Zustellung der „Volkswacht“ keine Unterbrechung eintreten braucht, auf folgende beiden Fragen:

Wo hast du gewohnt?

Wo wohnst du nach dem 1. März?

Und vor allen Dingen vergesse nicht, deinen Vor- und Zunamen auf die folgende Linie zu setzen.

Schneide diesen Zettel aus und sende ihn an die Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5/6.

Befolgst du dies, so erhältst du pünktlich im März deine Zeitung in der neuen Wohnung.

Die alte ...

Die alte ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...

Die ...

Die ... in der ...